

# Arbeiter-Zeitung

Freitag, 25. Februar 1933  
12. Jahrgang, Nummer 50

Die Zeitung ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, des 1. Mai und des 1. November monatlich 3,00 Mk., vierteljährlich 9,00 Mk., halbjährlich 18,00 Mk., jährlich 36,00 Mk. zu beziehen. Die Postbezogen monatlich 3,00 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. zu beziehen. Die Jahrsbestellung mit dem Namen des Bestellers und dem Namen der Redaktion an die Redaktion, Berlin, Postfach 10 10 10, zu richten. Die Preisliste ist bei der Redaktion zu beziehen. — Die Redaktion ist an den Tagen der Ausgabe von 10 bis 18 Uhr, an den Tagen der Ausgabe von 10 bis 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsstelle: Breslau 10, Kreuzung Str. 10, Tel. 250 20.  
Postfach 10 10 10, Breslau 10, Kreuzung Str. 10, Tel. 250 20.  
Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Geschäftsstelle:  
Breslau, Ebertstr. 20, Tel. 4085; Dypelt, Wobersdorff, 11, Tel. 1904;  
Breslau, Ebertstr. 20, Tel. 4085; Dypelt, Wobersdorff, 11, Tel. 1904;  
Hauptverlag: Breslau, Ebertstr. 20, Tel. 4085; Dypelt, Wobersdorff, 11, Tel. 1904;  
Verlagsstelle: Breslau, Ebertstr. 20, Tel. 4085; Dypelt, Wobersdorff, 11, Tel. 1904.

## Am 6. März: Kampftag gegen Hungerdiktatur

# Ministergehälter werden erhöht

### Rund 123 000 Mark Jahreseinkommen für den Reichskanzler Hermann Müller Für die Werktätigen: Steuererhöhungen, Unterstützungs- und Lohnabbau

(Eig. Ber.) Berlin, 25. Februar.

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung des Reichstages stand das Reichsministergehalt. Die Redner, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, erklärten, daß sie dem Gesetz zustimmen werden. Für die kommunistische Fraktion führte dazu Genosse Torgler folgendes aus:

Mit welcher Schamlosigkeit die Sozialdemokraten die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten betrügen, zeigt sich besonders beim Reichsministergehalt. Dieses Gesetz, das die Unterdrückung der Sozialdemokraten Hungerding und Severing trägt, wird gerade in dem Moment eingebracht, wo die Sozialdemokraten draußen im Lande eine trügerische Propaganda für ein sogenanntes „Kotopfer“ der Festsoldaten treiben. Das Reichsministergehalt aber regelt die Bezüge der Minister und des Reichskanzlers in einer Form, die charakteristisch ist für die gesamte kapitalistische Republik und die Methoden der Korruption der Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten. (Sehe wohl bei den Kommunisten.)

Bei den Ministern wird ausgebaut, während vier Millionen Erwerbslose hungern,

ihre Unterstützung abgebaut wird, und während der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell bei den sozialen Ausgaben allein in diesem Jahre weitere 80 Millionen kürzt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Nach dem Reichsministergehalt erhält der

Reichskanzler Hermann Müller ein Grundgehalt von 45 000 Mark, 900 Mark örtliche Sonderzulage, 18 000 Mark Aufwandsentschädigung, 9000 Mark Reichstagsdiäten, 40 000 Mark für repräsentative Zwecke, 10 000 Mark für besondere Zwecke. Das sind

insgesamt 122 900 Mark jährlich.

Der demokratische Minister Schmidt wird von nun an erhalten: Grundgehalt 36 000 Mark, plus 4500 Mark Aufwandsentschädigung, plus 720 Mark örtliche Sonderzulage, 3600 Mark Wohnungszulage, 3600 Mark Trennungszulage, 9000 Mark Reichstagsdiäten und 5000 Mark für besondere repräsentative Zwecke. Das macht zusammen 62 720 Mark. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Diese unerhörten Summen widerspiegeln aber nur einen Teil der unglaublichen Gehaltserhöhungen der Minister. In Zukunft wird schon

derjenige, der nur 14 Tage Minister war, drei Monate seine vollen Bezüge beziehen und weitere drei Monate die Hälfte der Bezüge. Ein sozialdemokratischer Regierungsrat, der Minister wird, erhält bei seinem Rücktritt von seinem Ministerposten bis an sein Lebensende die volle Pension in der Pensionshöhe eines Regierungsrats.

Des Weiteren werden die Wohnungsgelder für Minister erhöht und eine besondere Trennungszulage geschaffen.

## Schiedsgerichtsentscheidungen

### für Bergbau Waldenburg verbindlich

Waldenburg, 25. Februar. Bekanntlich wurde für den niederschlesischen Bergbau ein Schiedsgericht gebildet, der Leiter der Lohnaufhebung, d. h. einen Abbau der Reallohne vorzuziehen. Lediglich der Hauermittellohn sollte eine Erhöhung erfahren. Der Schiedsgericht wurde von einer Konferenz einmütig abgelehnt. Die Grubenbesitzer nahmen ihn an und beantragten seine Verbindlichkeitsklärung. Darauhin hörte man längere Zeit nichts, bis jetzt plötzlich bekannt wird, daß der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell dem Wunsche der Unternehmer nachgegeben ist und die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen hat. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsbürokraten und ihre Funktionäre sich der Verbindlichkeitsklärung unterwerfen werden. Damit ist der Verrat an den Waldenburger Kumpeln perfekt.

Bergarbeiter, rechnet ab! Schaut euch um die Opposition! Bist du nur revolutionäre Betriebsräte! Betreibt alle Betriebsfunktionäre, die gemeinsame Sache mit Hoffmann, Wissell und den Unternehmern machen. Organisiert unter Führung der Opposition den Kampf für 7,50 Mark Hauermittellohn!

Der selbe Severing, der ein solches Reichsministergehalt einbringt, hat am 27. Juni 1920 gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell eine Anweisung an die Sozialministerien der Länder gegeben, in der auf die Unterstützung der ausgesetzten Erwerbslosen Bezug genommen wird. In dieser Anweisung heißt es wörtlich:

„Es wird daher vor allem als eine Pflicht der Fürsorgebehörden bezeichnet werden müssen, in allen Fällen die Voraussetzung der Hilfsbedürftigkeit aufs strengste zu prüfen, und Art und Maße der Fürsorge auf das zur Fristung des Lebens Unerlässliche zu beschränken.“

Auf Grund dieser Anweisung Severings wurden die Unterstützungsätze abgebaut und die Schikanen gegen die Erwerbslosen auf den Wohlfahrtsämtern verschärft.

Das zur „Fristung des Lebens Unerlässliche“ ist bei einem Erwerbslosen in der Lohnklasse 7 mit zwei Familienangehörigen die Summe von 16,50 Mark pro Woche. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Die Invalidenrente bei Arbeitern beträgt durchschnittlich

33 Mark im Monat, die Witwenrente 22 Mark. Die Familienhilfe und die Krankenhilfe sollen abgebaut werden.

gleichzeitig bewilligen sich die sozialdemokratischen Minister unglaubliche Gehaltserhöhungen.

Es ist auch kein Zufall, daß die Deutschnationalen, die keine Regierungspartei sind, diesen Gehaltserhöhungen zustimmen, denn sie wissen, daß das Korruptionsgeld Zinsen tragen wird. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) Eine besonders jämmerliche Haltung nehmen die „Linken“ Sozialdemokraten auch diesmal wieder ein.

Der Reichstag, der in dieser Zeit der schlimmsten Not der Werktätigen, in einer Zeit, in der man auch alle Forderungen der unteren Beamten und der Reichsarbeiter brutal ablehnt, einem Gesetz zur Erhöhung der Gehälter der Minister die Zustimmung gibt, spricht nicht nur das Urteil über sich selbst, sondern charakterisiert auch das ganze deutsche republikanische Staatswesen.

Es ist die Sache aller Ausgebeuteten, das Urteil über diesen kapitalistischen Klassenstaat nicht nur zu fällen, sondern auch zu vollziehen.

# Siebenstundentag: Arbeit für 3,2 Mill. Erwerbslose

### 50 000 Erwerbslose mehr in einer Woche — Heraus am 6. März!

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in Deutschland vom 17. bis 22. Februar wiederum um 50 000 auf 2 340 000 gestiegen. In dieser Zahl sind weder die Arbeiterunterstützten, noch die Wohlfahrts-empfänger, noch die überhaupt nicht Unterstützten enthalten. Allein 260 000 Erwerbslose beziehen nach amtlichen Mitteilungen Wohlfahrtsunterstützung, und die Zahl der Nicht- und Krisenunterstützten hat schon 1 1/2 Millionen erreicht, so daß die Anzahl der Erwerbslosen sich heute auf etwa 4 Millionen beläuft. Die kommunistische Partei fordert seit Jahr und Tag in Reichs-, Landes- und Stadtparlamenten die Einführung des Siebenstundentages, um so die Masse der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzurufen. Umsonst! Der Blod von den Nazis und Deutschnationalen bis zur SPD. kößt unablässig die im Interesse der ganzen Arbeiterschaft liegenden SPD-Anträge zurück.

Und 15 Millionen Proletarier arbeiten durchschnittlich 8 1/2 Stunden täglich. Würden diese 15 Millionen Werktätiger sieben Stunden arbeiten, so blieben 22 1/2 Millionen Arbeitsstunden für die Erwerbslosen übrig. Praktisch bedeutet das, daß

3 200 000 Erwerbslose bei voller siebenstündiger Arbeitszeit täglich Beschäftigung finden können.

Dabei haben wir noch gar nicht die Millionen Ueberstunden in Rechnung gezogen, die leider immer noch von unausgeleiteten, nicht klassenbewußten Arbeitern und Angestellten geleistet werden. Und warum wurden aus dieser einfachen Rechnung nicht die Folgerungen gezogen? Die Profitkönige, die Unternehmer, wollen ihre Profite nicht antasten lassen.

Nun, es ist nicht Sache der deutschen Arbeiter, sich um die Profite ihrer Unternehmer zu sorgen.

Man muß es den russischen Arbeitern nachmachen. In der Schwerindustrie der Sowjetunion ist bereits für 52,6 Prozent der Arbeiter schon die Fünftage-Arbeitswoche bei täglich siebenstündiger Arbeitszeit durchgeführt.

Dadurch ist die Aufnahmefähigkeit der Sowjetindustrie so gesteigert, daß in den nächsten zwei Jahren nicht weniger als fünf Millionen Arbeiter eingestellt werden können.

Kapitalistische oder proletarische Regierung? Die deutschen Arbeiter haben es in der Hand zu entscheiden. Schon haben sich Millionen deutsche Arbeiter auf die Seite der proletarischen Revolution gestellt. Sie müssen jetzt das Wort zur Tat machen,

sie müssen den Siebenstundentag aus einer Propagandabildung zur Aktionsparole erheben. Das ist der Sinn des 6. März!

## Erwerbslosendemonstration in Strehlen

Strehlen, 27. Februar. Am Mittwoch fand um 15 Uhr Erwerbslosendemonstration statt. Der Saal war überfüllt. Ein Genosse des Landes-Erwerbslosenausschusses sprach über die weitere Verelendung der deutschen Arbeiterschaft und den Kampf gegen die Hungerdiktatur. Die Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich spontan ein Demonstrationzug in Stärke von 100 Mann, der in geschlossenem Zuge bis zum Ring marschierte, wo die Auflösung erfolgte. Die Polizei kam wieder mal zu spät.

## Kreis-Erwerbslosen-Versammlung in Ohlau

Ohlau, 27. Februar. Hier fand am Mittwoch um 14 Uhr eine Kreis-Erwerbslosen-Versammlung statt, an der ungefähr 300 Erwerbslose teilnahmen. Ein Vertreter des Landes-Erwerbslosenausschusses behandelte in seinem Referat die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft. Der Erwerbslosen-Delegierte aus Pölsitz gab einen kurzen Bericht vom Oppositionskongreß. Der kämpferische Beifall bewies, daß die Versammelten zum Kampf bereit sind. Der neugewählte Kreis-Erwerbslosenausschuß bekam den Auftrag, entsprechende Vorbereitungen zu treffen, um für diesen Tag die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter des Kreises Ohlau zu mobilisieren.

## Massenversammlungen und Demonstrationen in Altona

Eine überfüllte öffentliche Versammlung in Altona, in der der Genosse Schwabe sprach, gestaltete sich zu einer aufsehenerregenden Versammlung mit dem Sozialfaschismus. Trotzdem die Sozialfaschisten angekündigt hatten, in dieser Versammlung mit Genossen Schwabe abzurechnen, melbete sich trotz wiederholter Aufforderung keiner von diesen Herrschaften zum Wort. Die Versammlung war ein wichtiger Auftakt zum Internationalen Kampf am 6. März. Das Gelingen der Versammlung formierten sich an verschiedenen Stellen Demonstrationen. Die Polizei war sehr hart vorgegangen und hat brutal trieben die Demonstrationen auseinander. Aber die Demonstrationen bewiesen, daß die Arbeiterschaft den 6. März einen wichtigen Schlag gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer gesetzt hat. Sie müssen jetzt das Wort zur Tat machen, ihren Saketen gefalten wird.



# Freispruch im Gotteslästerungsprozess abgelehnt

## Severings Kommunistengesetz, das Schutzesetz für die Mucker und Pfaffen!

Belzig, 27. Februar. (Eig. Ber.) In der heutigen Revisionssitzung des Prozesses gegen George Grosz und den Verleger Wieland Herzfelde wegen Herausgabe einer Karikatur wurde das freisprechende Urteil des Landgerichts in Berlin aufgehoben und der Prozess an das Landgericht III zur nochmaligen Verhandlung und Urteilsprechung zurückverwiesen.

Der Prozess wurde seitherzeit angestrengt gegen George Grosz und den Verleger Wieland Herzfelde wegen Herausgabe einer Karikatur „Hintergrund“, in der u. a. das bekannte Christusbild mit Gasmaske und Stiefeln abgebildet ist, dessen Nachbildung vor wenigen Tagen von Jörgiebel aus der IFA-Schau beschlagnahmt wurde. Welch innige Zusammenarbeit zwischen dem Sozialfaschisten Jörgiebel und den Blutrichtern des Reichsgerichts!

Der Staatsanwalt machte in dem Prozess aufsehenerregende Ausführungen, die ein klarer Hinweis auf die Unterdrückung und Knebelung der Presse- und künstlerischen Freiheit ist, wie sie von den Gerichten nach Annahme des Republikerschutzes gehandhabt werden soll. Der Anklagevertreter kam auf die Paragrafen des Republikerschutzes zu sprechen und erklärte, daß ein Freispruch schon deshalb nicht in Frage kommen könne, weil das Republikerschutzes Beschimpfung und Verächtlichmachung von allen im politischen Leben stehenden Personen, der Republik und ihrer Einrichtungen mit den schärfsten Mitteln verfolgen. Wörtlich führte der Staatsanwalt aus:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diejenigen, die das Republikerschutzes schaffen, seine Vorschriften auch gegen Künstler und gegen die Kunst angewendet wissen wollen. (!) Denn auch mit dichterischen Mitteln kann die Reichsform herabgewürdigt oder die Republik verächtlich gemacht werden.“

Trotzdem der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Apfel, in seiner Rede nachwies, daß das Reichsgericht, wenn es den Ausführungen des Staatsanwalts folge, sich schuldig vor alle Dummkäufer stellen, kam das Gericht zu obigem Beschlusse. Die Werkstätten wissen sehr wohl, was sie unter Severings Republikerschutzes auf kulturellem Gebiet zu erwarten haben.

# Nahezu 80 Bombenleger frei!

## Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!

Die dritte Strafkammer des Landgerichts I hat beschlossen, wiederum einen überfüllten Bombenleger, Hennings, gegen eine Kaution von 10 000 Mark aus der Untersuchungshaft freizulassen.

Mit Hennings ist die Zahl von 80 freigelassenen gefährlichen Bombenlegern nahezu erreicht. Die Arbeiterklasse kann sich diese Provolationen seitens der Gerichte nicht länger bieten lassen. Es gilt, den Sturm in allen Betrieben für die Freilassung der 24 verhafteten kommunistischen Redakteure und der zahllosen politischen Gefangenen zu einer breiten Massenbewegung zu entfachen.

# 22 Millionen der Banken und Industrie für die SPD.

## Der „Vorwärts“ nennt das: „Die Macht der Sozialdemokratie“

Vor einigen Tagen zitierten wir aus einem schwerindustriellen Berliner Blatt eine Anzahl von Angaben, die die Verzerrung der SPD. mit dem Unternehmertum bekräftigten. In diesem Artikel wurden bekanntlich Angaben darüber gemacht, daß die SPD. in der letzten Zeit ständig große Inzerate von Eisenbahnen, Mühlen, Schleifereien und anderen Großbetrieben bringt, deren Produkte doch offensichtlich für den Arbeiter nicht in Frage kommen können. Bemerkenswert ist es auch, daß die sozialdemokratische Presse in großer Aufmachung seitens der Jahresberichte der Großbanken abdruckt, was ja den Arbeitselekten auch nicht im geringsten interessiert.

Nach einigen Tagen Schweigens hat sich der „Vorwärts“ soweit erholt, daß er ein „Dementi“ wagt. Und das sieht so aus: Der „Vorwärts“ weist mit Befriedigung auf die Reklamewerbung der Bauhütten, Konsumvereine und Parteibetriebe der SPD. hin, — deren Rückzieher doch bekanntlich nicht Projekten, sondern die Direktoren und übrigen Kollegen der SPD. sind. Und dann folgt mehr als eine Bestätigung für die Tatsache, daß SPD., Unternehmertum und Staatsapparat der Hungerregierung ein und dasselbe sind. Der „Vorwärts“ schreibt nämlich:

„Die Industrie kann fern von der Tatsache nicht vorbeigehen, daß die öffentliche Wirtschaft und die öffentlichen Beschäftigten jährlich für 10 Milliarden Mark Aufträge zu vergeben haben, und daß bei der Werbung um diese Aufträge die Sozialdemokratie mit ihrem reichhaltigen politischen Einfluß (Gummistempel und blaue Seiten! D. Red.) und ihren mehr als 30 000 öffentlichen Funktionären (!!) bei der Vergabe der Aufträge ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Dasselbe gilt für die Banken, die öffentliche Kapitalmärkte machen wollen.“

Der Artikelsschreiber unterließ nur, hinzuzufügen: Dasselbe gilt für die gesamte reaktionäre Politik in Staat und Gemeinde, die von den sozialdemokratischen Bonzen und Böngchen durchgeführt wird. Wir steuern uns, daß der „Vorwärts“ wenigstens einmal so offen diese Tatsache eingesteht. Wenn er hinzugefügt, daß er nicht nur zwei Millionen Mark, sondern 22 Millionen Mark im Jahre 1928 als Bestechungsgelder in der Form von Inzeraten von den Großbanken und Industriekönigen erhalten hat, so wird

das Bild der Abhängigkeit der SPD. vom Großkapital, von den Klassenfeinden des Proletariats nur noch abgerundet.

Die Arbeiter werden sich diese Ausführungen des „Vorwärts“ merken und auch die weissen Agenten der Großbankiers und Industriekönige in den Betrieben ausmiten und rote Beschäftigte, auf deren Banner der Klassenkampf gegen die Ausbeuter geschrieben steht, an ihre Stelle setzen.

# Flut roter Wahlauschüsse im Reich

## Parole: Rote Betriebsräte in allen Betrieben!

Der Kampf zu den Betriebsrätewahlen ist im Reich auf der ganzen Linie entbrennt. Keine Maßnahmen roter Betriebsräte und roter Kandidaten durch die Disziplinar im Hinblick auf den sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten und Betriebsräten hat verhindern können, daß in allen Großbetrieben des Reiches eine mächtige und breite Bewegung zum Schutze der roten Betriebsräte und zur Organisierung der Widerwahl der revisionistischen Betriebsräte eingeleitet hat.

Diese Anstrengungen der Arbeiter des Betriebes für die aus ihrer Mitte hervorgegangenen und von ihrem unerschütterlichen Vertrauen getragenen Arbeiterkandidaten haben sich bereits in den ersten Wahlsiegen der roten Kandidaten angelündigt.

Im roten Ruhrgebiet, an der Wasserkante, in Mitteldeutschland, im schwarzen Oberschlesien, überall sind rote Wahlauschüsse gebildet worden.

Um nur einen kleinen Überblick zu geben aus der Anzahl dieser Wahlauschüsse, nennen wir einige wenige Großbetriebe, in denen die Bildung roter Wahlauschüsse bereits vollzogen ist. Im Ruhrgebiet sind rote Wahlauschüsse gebildet worden auf Schacht Königgrube, auf der Zeche Minister Stein, auf der Zeche Hardenberg, dem West Thymen III-VII (Schacht), den Schächten Arenberg-Forsicherung, Anguste Viktoria (hier besteht der Wahlauschuss aus 2 christlichen, einem sozialfaschistischen, 8 kommunistischen und 4 unorganisierten Arbeitern), auf den Zechen Neumühl, Wondern, Raddob, Stinnes

III-IV, Wilhelmine II-III, auf der Schachtanlage Emfinger, Werne III-IV (hier befinden sich Girsch-Dunderliche Arbeiter im Wahlauschuss der Opposition), auf den Zechen Wülten, Wilhelm, Friedrich-Heinrich, Thymen IV-VIII, Osterfeld, Fröhlich-Essen und auf der Metallhütte Westag.

An der Spitze der roten Wahlauschüsse in Mitteldeutschland markiert das Leunawerk, es folgen die Betriebe Antik-Wolff (hier kandidiert auch ein SPD-Arbeiter auf der Oppositionsliste) — gehört zum I.G. Farbenwerk —, Gothaer Waggonfabrik, Saltsche Kälberwerke usw.

An der Wasserkante sind bei Blohm u. Blohm und den übrigen großen Werften, in Remscheid und Solingen in der Stahlindustrie, in Oberschlesien auf den Zechen rote Wahlauschüsse gebildet worden.

Diese Bewegungen aus dem Reich sind ein Signal für den gesamten Proletariat. Es darf keinen Betrieb ohne roten Wahlauschuss geben. Überall heißt es unerbittlich den Kampf auch gegen die weissen Jörgiebel, die sozialfaschistischen Betriebsräte im Betrieb aufnehmen! Nur die roten Kandidaten der Opposition kämpfen unter Führung der kommunistischen Partei für den Stebenkündentag bei vollem Lohnausgleich, gegen die Schinderer des kapitalistischen Antreibersystems, kämpfen für Sowjetdeutschland! Rote Betriebsräte in allen Betrieben, das ist die Parole!

# Polizeifnüttel gegen Freidenker

## Auflärungsverammlung über die Sowjetunion verboten — Jörgiebel mit Bayerns Faschisten einig

München, 27. Februar. (Eig. Meldung.) Die Polizei verbot hier alle Versammlungen des Verbandes proletarischer Freidenker auf Grund des Paragraphen 166 (Gotteslästerung!). In den Versammlungen sollte Aufklärung gegeben werden über die angeblichen Religionsverfolgungen in der Sowjetunion. Außerdem sollten sie die gegenwärtige Werbungskampagne des Verbandes für den Kirchenaustritt unterstützen. Eine bereits durchgeführte Versammlung war überfüllt.

Raum haben der Papst und die evangelischen und jüdischen Pfaffen ihre Habschaffungen gegen die Sowjetunion in die Welt zu jagen, da beilen sich auch schon die Büttel des Kapitals, die Befehle des internationalen Pflasterbaus durchzuführen. Dabei hat das schwarze bayerische Muderium noch nicht einmal den Anfang zu machen brauchen, kam doch das Signal aus dem roten Berliner Polizeipräsidium.

Jörgiebel hat vor einigen Tagen in der IFA-Ausstellung aus der Kiste des Freidenkerverbandes kirchengegenwärtige Darstellungen beschlagnahmt auf Grund desselben Paragraphen 166, den auch die Münchener Polizei anwendet!

# Waffendiebstahl in Leipzig

Leipzig, 26. Februar. (Eigene Meldung.) Aus einem hiesigen militärischen Gebäude wurden eine Anzahl Waffen, darunter einige Maschinengewehre, entwendet. Der Diebstahl geschah in der Nacht zum 25. Februar und muß unter Zuhilfenahme von Kraftwagen vor sich gegangen sein. Ein solch großer angelegter Waffendiebstahl kann natürlich nur im Einverständnis mit Angehörigen der Reichswehr durchgeführt worden sein. Darum liegt die Vermutung, daß es sich um einen Waffendiebstahl der Nationalsozialisten oder des Stahlhelm handelt, nahe. Das Landstriminalamt hat eine Belohnung von 1500 Mark für die Auffindung der Täter ausgesetzt.

# Jörgiebels Heldentaten in Zahlen

Bekanntlich soll der werttätige Steuerzahler in diesem Jahre wieder ein paar Duzend Millionen mehr für die Polizei aufbringen. Die bürgerliche Presse versucht nun dadurch Propaganda für diese Mehrausgaben zu machen, daß sie Zahlen über die Tätigkeit der Polizei im Jahre 1929 veröffentlicht. Dabei erfahren wir, daß das Berliner Ueberfallkommando in Berlin täglich rund dreißigmal, im ganzen Jahre 10 188mal alarmiert worden war. Die Zahl der Sonderstreifen, Razien usw. beträgt 10146. Daneben wurde die Polizei bei 3524 Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel sowie bei 17 412 Versammlungen in geschlossenen Räumen „erforderlich“. Verraten wird nicht, wer den Einsatz der Polizei für erforderlich hielt und wieviel Millionen Summenappellhebe dabei auf hungernde Proletarier niederlaufen, wieviel von der Polizei schwer verletzt, wieviel von ihr totgeschlagen oder erschossen worden sind.

Es wird nur davon geschrieben, daß in 82 Fällen (?) die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Nur fünf (?) Personen sollen dabei getötet und acht verletzt worden sein. Die Zahl der Maiopfer der Polizei beträgt aber allein schon 331. Das Schuldbewußtsein der Jörgiebel und Co. läßt sie diese Zahlen verschweigen.

Schließlich wird noch festgestellt, daß in Preußen bei insgesamt 588 Veranlassungen „wegen Störungen eingeschritten“ werden mußte. Die Störer gehörten in den weitaus meisten Fällen (422) dem Lager der Kommunisten an, wird dabei schlechtweg behauptet, obwohl doch jeder weiß, daß solche Zusammenstöße fast immer auf die blutigen Provokationen der Polizei und ihrer Spitze zurückzuführen sind. Schließlich wird noch festgestellt, daß man Demonstrationsteilnehmern insgesamt 33 Schußwaffen, 181 Hieb- und Stoßwaffen usw. abgenommen hat. Daß es sich dabei meistens um Waffen der Nationalsozialisten handelt, das verschweigt die Polizei aus sehr erklärlichen Gründen. Die Nazis sind ihre Schützlinge, dagegen wird alles, was auch wieder dieser Besatz zur erbärmlichsten Hehe gegen die SPD. benutzt!

# Vergebliche Hausdurchsuchung

Essen, 26. Februar. (Eig. Meldung.) Im Parteibüro der Bezirksleitung der SPD. vom Ruhrgebiet wurde von der Kriminalpolizei eine Hausdurchsuchung nach der roten Marinezeitung vorgenommen. Ohne Erfolg geht es zu, haben die Kriminalbeamten wieder abziehen

# „Es geht nicht ohne Massensteuern“

## Geständnisse der SPD. über ihre Hungerpolitik

Die linken Sozialfaschisten versuchen wie immer, auch diesmal den Sturm der Arbeiterklasse über die räuberischen Follerhöhungen der Koalitionsregierung auf Tee und Kaffee durch radikal klingende Wzalen zu bejähigen. Immerhin können sie dabei nicht umhin, mit einigen Wahrheiten auszuapaden. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ vom 21. Februar:

„Jetzt aber (bei den Tee- und Kaffee-Follerhöhungen, d. Red.) handelt es sich nicht um eine nur scheinbare, sondern um eine echte Belastung des Konsums der Massen... Die Verzehrung auf das Geleg vom 8. April 1922 kann nur als Vorwand angesehen werden, um den Reichstag und die Parteien, deren man in dieser Frage nicht sicher ist (!) auszuschalten.“

Die „linke“ Chemnitzer „Vollstimme“ schreibt:

„Kaffee und Tee gehören zu den Konsummitteln der breiten Masse, und die beschlossenen Follerhöhungen bedeuten daran eine Einnahmesteigerung für das Reich, deren Kosten fast ausschließlich die Arbeiter- und Angestellte-Klasse trägt, die ja die Masse der Konsumenten bildet. Es scheint uns fast symbolisch (!), daß das Reichsstatistikamt mit derartigen Beschüssen so rasch zur Hand ist.“

Da ist das „Hamburger Echo“ doch anders. Es sagt brutal und offen, was ist und was die SPD. zu tun gedenkt und schreibt:

„Wenn uns auch jede Besteuerung des Massenverbrauchs unangenehm ist (für ihr es, hungernde Erwerbslose? Die Red.) ist, so sind wir uns doch klar darüber, daß es bei der heutigen Finanzlage ohne Erhöhung der sogenannten indirekten Steuern nicht mehr geht.“

Der Arbeiter ist auch der Ansicht, daß es so nicht mehr geht. Aber auf andere Weise. Er wird bei den Betriebsrätewahlen mit den sozialfaschistischen Agenten der Hunger- und Hungerpolitik im Betriebe gründlich aufräumen.

# Polizei gegen Streikende

Zwidau, 26. Februar. (Eig. Meldung.) Die Gendarmerie provozierte in Wernsdorf einen Zusammenstoß mit den streikenden Arbeitern der Firma Kunert & Söhne. Dabei wurde der Genosse Böhnel trotz seiner Abgeordnetenqualitäten verhaftet und abgeführt. Nach dieser brutalen Polizeitaktik verfolgten die Sozialfaschisten, den Streik durch Verhandlungen über einen Lohnabbau bis zu 22 Prozent abzumürgen.

# Die Jungarbeiter von Hinz & Küster streiten

Gestern haben die jugendlichen Labendbeiter der Firma Hinz & Küster den von ihnen geforderten Beschluß, nachdem die Entlassungen nicht zurückgenommen sind, in die Tat umgesetzt und sind in den Streik eingetreten. Der sozialfaschistische Betriebsrat, der böswilligerweise jeden Einpruch gegen diese Entlassungen unterlassen hat, fällt auch jetzt dem Streik der Labendbeiter in den Rücken, indem er jede Unterstützung des Streiks unter leeren Ausflüchten ablehnt. Seit gestern früh ist kein massenbewußter Labendarbeiter mehr zur Arbeit erschienen, lediglich sechs Streikbrecherjünglinge haben sich dem Druck der Direktion gefügt. Die streikenden Jungarbeiter appellieren an ihre Kollegen, die Angeklerten und Arbeiter des Betriebes Hinz & Küster, den Streik mit allen



## Steigert die Vorbereitungen zum 6. März!

# Revolutionärer Kampf gegen Arbeitslosigkeit

### Hiefentundgebungen in allen amerikanischen Großstädten — New Yorker Verkehr von Demonstranten lahm gelegt — Chicagos Zörgiebel machtlos — Straßenkämpfe in Los Angeles

New York, 27. Februar. Gestern fanden in den meisten größeren Städten Massenversammlungen der Arbeitslosen statt.

In Chicago veranstalteten die Arbeitslosen in einem riesigen Saal eine Versammlung. Die Polizei provozierte auf eine unerhörte Weise. Als die ersten Gruppen der Demonstranten im Saal waren, sprengte sie diesen ab und verwehrte den übrigen Teilnehmern den Eintritt. Die Arbeiter gingen gegen die Polizeibanden vor. Nach schweren Zusammenstößen erzwangen sie die Arbeitslosen den Eintritt in den Saal. Die Polizei war nicht imstande, die Abhaltung einer so wichtigen Kampfundgebung zu verhindern. Nach Schluß der Versammlung war ein riesiges Polizeigebot zur Stelle und verhaftete kurzerhand sämtliche Versammlungsteilnehmer unter der Beschuldigung der „Landkreiskerei“.

In New York wurde gestern ein jugendlicher Kommunist, der wegen antimilitaristischer Propaganda verhaftet worden war, aus dem Gefängnis entlassen. Eine viel tausendköpfige Menge begrüßte den befreiten Klassenkämpfer und geleitete ihn in wuchtiger Demonstration durch die Stadt. Polle zwanzig Minuten war der gesamte Verkehr durch den Massenaufruf lahmgelegt. Dann griffen Polizeikräfte die Demonstranten mit dem Gummiknüppel an. Eine Reihe von Polizisten und Arbeiter wurde verletzt.

Später fand auch eine Massenversammlung vor der Morgan-Bank statt.

In Los Angeles versammelten sich etwa 6000 Arbeitslose zu einem Marsch vor das Rathaus. Unterwegs verteilten die Demonstranten Flugblätter, in denen die Arbeiterschaft und besonders die Arbeitslosen aufgefordert wurden, an der Kundgebung teilzunehmen. Ein Angebot von etwa 1000 Polizisten und Geheimbeamten versuchte, den Marsch aufzuhalten, ließ aber auf erbitterten Widerstand. Sogar die Anwendung von riesigen Mengen Tränengas erwies sich als wirkungslos. 20 Polizisten wurden schwer verletzt. Später gelang die Verhaftung von etwa 30 Arbeitslosen, die auf das grausamste verprügelt wurden. Die Demonstrationen dauerten bis spät in die Nacht hinein.

In Boston fanden stürmische Arbeitslosensundgebungen statt, an denen die große Beteiligung von streikenden Schneidern bemerkenswert war. Die Polizei verhaftete neun Arbeiter.

In Milwaukee führten die Arbeitslosen eine wuchtige Demonstration durch.

Aus Philadelphia, Detroit, Atlanta, Statte, Wilmington und Bascour werden ebenfalls Erwerbslosenaufmärsche mit Massenbeteiligung gemeldet.

## Neue Massenentlassungen in Amerika

Das gelobte Land des Sozialfaschismus erlebt einen solchen Niedergang des gesamten Wirtschaftslebens, daß alle schönen Reden und Gesten des offiziellen amtlichen Apparats die Tatsachen der Krisis nicht mehr leugnen können. Die „Prosperität“ ist endgültig dahin! Der Niedergang der Automobil-, Baumwoll- und der verarbeitenden Industrie ist zu deutlich.

Die Zahl der Bankrotte steigt auch im Februar: in der ersten Woche des Februar 1521 gegen 1339 in der letzten Januarwoche. Der Aktienindex an der New Yorker Börse fiel von 271,52 am 14. Februar auf 269,25 am 16. Februar.

Wiel wichtiger ist die Lage der Arbeiter. In den Vereinigten Staaten ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit und die Senkung des Lohnes selbst nach den Angaben des optimistischen Arbeitsministers Lewis festzustellen. Im Januar ist in acht

großen Industrien die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Dezember um 2 1/2 Prozent, der Lohn um 5 1/2 Prozent gesunken. Die Zahl der Fabrik- und Werksarbeiter ist im Januar 1930 5 1/2 Prozent und der Lohn 2 1/2 Prozent niedriger als im Januar 1929.

In einer Arbeiterkorrespondenz des „Daily Worker“ aus Philadelphia wird mitgeteilt, daß in Philadelphia 200 000 Arbeitslose vorhanden sind. Ganze Unternehmungen sind geschlossen worden. So die „General Motors Corporation“ mit 8000 Arbeitern, von denen jetzt nur 48 Arbeiter und 200 Kontoristen beschäftigt werden. Besonders die Textil- und Handwerksbetriebe schließen ihre Pforten. Aus Danville teilt der „Daily Worker“ mit, daß die Textilfabrik „Riveraid and Dan River“ in Virginien 8000 Arbeiter entlassen hat und den Rest mit einer Subsidierung von 10 Prozent weiterbeschäftigt. Diese Einzel-

heiten bestätigen, daß es in den Süd- und Weststaaten noch schlimmer ist als in den Hauptzentren, die für die Beurteilung der Arbeiterlage bevorzugt werden.

In der Eisenindustrie wurden 1929 Untersuchungen über Arbeitszeit und Löhne angestellt, die sich auf 12 000 Arbeiter an Hochofen und 2200 Arbeitern im Bessemer-Verfahren bezogen. Seit 1928 ist der Stundenlohn der Hochofenarbeiter von 51,7 Dollarcent auf 52,7 Dollarcent im Jahre 1929 gestiegen. Also in vier Jahren um 1,1 Dollarcent (nicht mal 6 Pf.). Aber die Arbeitszeit liegt bei den Hochofenarbeitern von 59,8 Stunden in der Woche im Jahre 1928 auf 60,7 Stunden im Jahre 1929 und bei den Arbeitern im Bessemer-Verfahren liegt die Arbeitszeit von 52,6 auf 53,7 Stunden in der Woche. So sieht der Achtstundentag in den Vereinigten Staaten von Amerika aus. Das ist das gelobte Land des Sozialfaschismus!

## Heraus zum Internationalen Frauentag am 8. März

# Keitlose Einbeziehung der Frauen in den sozialistischen Aufbau

### Beschlüsse der Sowjetregierung zum 20. Internationalen Frauentag

Moskau, 27. Februar. Der bevorstehende zwanzigste Internationale Frauentag wird in der Sowjetunion im Zeichen der Einbeziehung der Arbeiterinnen, Tagelöhnerinnen sowie der Masse der armen und mittleren Bäuerinnen in den aktiven sozialistischen Aufbau stehen.

Anlässlich der zwanzigsten Wiederkehr des Internationalen Frauentages verweist die Regierung der Sowjetunion in einem besonderen Beschlusse darauf, daß die Hauptaufmerksamkeit in den Städten jetzt dem beschleunigten Tempo des sozialistischen Aufbaus, der Verwirklichung des Fünfjahresplans in vier Jahren, der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbes, der Heranbildung neuer Kadets aus der Mitte der Arbeiterinnen und auf dem Lande der aktiven Teilnahme der werktätigen Frauen an der Kollektivierung der Landwirtschaft, dem Prozeß der Liquidierung des Kulakentums als Klasse in den Kreisen, die zu 100 Prozent kollektiviert werden, zugewendet werden muß.

Der Beschluß macht es den Lokalorganen der Regierungen, der nationalen Republiken und Gebiete zur Pflicht, zur Heranbildung von Arbeiterinnen und Bäuerinnen für die Arbeit in den höheren Organen des Sowjetapparates Kurse zu veranstalten und die notwendigen Mittel für den Ausbau der kulturellen Institutionen und anderer Einrichtungen, die die Frauenarbeit erleichtern, sowohl in den Städten als auch in den Kollektivwirtschaften bereitzustellen.

Um die Einbeziehung der Frauen in die Produktion und ihre Heranziehung zur sozialen Betätigung zu erleichtern, müssen Maßnahmen zur Schaffung von Wohnkollektiven mit gemeinschaftlicher Lebenshaltung, die angesichts der fünfjährigen Arbeitswoche von besonderer Bedeutung sind, in Angriff genommen werden.

Nach einem Hinweis auf die erzielten Leistungen hinsichtlich der Einbeziehung der werktätigen Frauen des Ostens und der nördlichen Völkerschaften in den Sowjetaufbau, fordert der Be-

schluß die örtlichen Organe auf, für die Neubildung der Lebensformen der Frauen in diesen Gebieten Sorge zu tragen, um die Ueberreste der alten Lebensformen, die der Befreiung der Frau im Wege stehen, endgültig überwinden zu können.

## Ein Jahr Zuchthaus für junge Arbeiterin

Warschau, 27. Februar. Die 16jährige Arbeiterin Genia Haber mann wurde von dem Geschworenengericht zu ein Jahr Zuchthaus verurteilt, weil sie, nach Angaben der Polizei, kommunistische Aufrufe verbreitet haben soll.

## Russische Landarbeiter antworten dem Papst

Moskau, 26. Februar. Anlässlich der Aufforderung des römischen Papstes zum Kreuzzug gegen die Sowjetunion organisierten die Landarbeiter sowie die armen und Mittelbauern des Dorfes Solowka (Kreis Konstantinowka) eine antireligiöse Demonstration. Auf der anschließend daran stattgefundenen Kundgebung wurde ein Beschluß gefaßt, das ganze Dorf zu 100 Prozent bereits in der nächsten Zeit zu kollektivieren, die feindsich gesinnten Kulaken zu exmittieren und die Kirche zu schließen.

30 Landarbeiter und arme Bauern meldeten sich kollektiv zum Eintritt in die Kommunistische Partei der Sowjetunion.



### 1. Fortsetzung

„Da ist ja der Kerl!“  
Hunderte Gesichter sahen zu ihm herauf. Ein Hagel von Bemerkungen tobte gegen das Fenster, aus dem sein verduhtes rotes Gesicht fastungslos auf die schreienden Menschen nach unten sah.  
„Raus mit dem Lump... weg vom Fenster... Büttel... Strolch!“  
„Soll sich schämen, solchen Auftrag anzunehmen!“  
Pfiße gellten über den Hof.  
Er schrak und trat er sofort vom Fenster zurück.  
„Mein Gott, das ganze Haus war ja in Aufruhr! Was wollten die Leute bloß von ihm?! Vielleicht wäre es doch besser gewesen, die Polizei mitzunehmen. Das hatte man von seiner Gutmütigkeit... Wer konnte denn damit rechnen, daß diese Menschen hier in der Straße einem Staatsbeamten so entgegen treten würden?! Das war ihm ja in seiner ganzen Tätigkeit als Gerichtsvollzieher noch nicht vorgekommen...“  
Er sah sich unentschlossen um.  
Das kranke Kind wimmerte immer noch leise vor sich hin. Es mußte hohes Fieber haben, war vielleicht gar nicht bei Bewußtsein.  
„Schmeiß... den... Büttel... raus!“  
Er zuckte zusammen. Ganz deutlich hatte er diese kreischende langgezogene Weiberstimme gehört.

Die Angst kroch in sein fettes Genid. Unwillkürlich duckte er sich und sah furchtbar zum Fenster. Vielleicht warfen sie noch mit Steinen herein! Er erinnerte sich mal, in einem Buch, wo von streikenden Bergarbeitern die Rede war, so was gelesen zu haben. Der Direktor war dabei von den aufgehetzten Arbeitern erschlagen worden...

„O Gott — das war ja entsetzlich! Wenn er nur erst hier heraus wäre. Aber es war doch unmöglich, über den Hof mit diesen gewalttätigen Menschen zu gehen...“

Er hörte, wie Schritte die Treppe heraufstiegen.  
„Jetzt... jetzt kommen sie...“ flüsterte er tonlos.  
Die Schritte kamen immer näher. Viele drängende, drohende Schritte...

Jemand ging durch den Wohnungsfur, in dem immer noch die jammernde Frau mit ihrem Kinde stand.

Eine tiefe, ruhige Männerstimme sprach zu ihr:  
„Nanu, mal nich so'ne Angst, Frau Krüger... so — lassen Sie uns mal durch.“

Die Tür ging auf.  
Der Dide stand regungslos mit der unter den Arm geprechten Aktenmappe am Fenster. An der Schlagader brannte auf dem kurzen wulstigen Hals ein großer roter Fleck. Der zitternde Mund stand halb offen vor Erregung...

In das Zimmer schob sich die breite Gestalt eines Arbeiters, der Mitte der Dreißiger sein mochte, obwohl man, als er mit einer langsamen Bewegung die Mütze zurückschob, sah, daß er schon graues Haar hatte. Das aschfarbene ernste Gesicht blickte still zu dem kranken Mädchen herüber. Jemand etwas arbeitete in seinem regungslosen Gesicht. Aber er schwieg. Nur seine dünnen Lippen wurden noch schmaler für einen Moment.

Hinter ihm traten die Arbeiter des Gerichtsvollziehers in ihren blauen Arbeitsblusen geräuschvoll in die Stube.  
Etwas an dem stillen, ernsten Arbeiter beruhigte den Diden wieder ein wenig. Der Mann schien ihm hier eine gewisse Autorität zu haben.

Mit einer halben schiefen Verbeugung ging er einen Schritt auf ihn zu.

„Bendowsky ist mein Name... Bendowsky“ wiederholte er noch einmal höflich, indem er seinen schwarzen steifen Hut in die Hand nahm und sofort eifrig weiterredete.

„Sehen Sie, Herr... es tut mir ja selbst unendlich leid. Wenn man das Kind da sieht... nein...“

wahr... diese Not heute... aber bitte, überzeugen Sie sich selbst, ob ich da...“ er kramte aufgeregt in seiner Aktentasche und zog ein Schriftstück heraus.

Der Arbeiter schnitt ihm mit einer kurzen Handbewegung das Wort ab.

„Is gut... Sie müssen wissen, was Sie tun... wer Aufträge von Schurken annimmt, ist selbst nich weit davon ab.“

Er sagte das ganz ruhig, ohne den Diden auch nur dabei anzusehen, und wandte sich dann an die Arbeiter hinter ihm.

„Aber ihr... Ihr seid Proleten, wie wir. Weil ihr selber nich was habt, will man euch mit ein paar lumpigen Groschen zu Henkern an euren eigenen Klassengenossen machen. Seht euch das mal hier an!“

Der Mann ist seit zwei Jahren arbeitslos, weil er lungenkrank ist, deshalb kriegt er auch keine Erwerbslosenunterstützung. Das Mädel da is seit ein Jahr schwindlichtig. Im Monat kriegen die vier hier drin 48 Mark von der Wahlfahrt und ne Flasche Lysol von der Lungenfürsorge. Vor zwei Monaten haben se dem Mann das Lysol aus dem Magen gepumpt, seitdem is es ganz aus mit dem. In der Halle versucht er ein paar Pfennige zu verdienen.

Der Loch hier kost' in Monat 35 Mark Miete, bleiben 13 Mark zum Leben im Monat, einschließlich Lustbarkeit und Sommerreise.

So — und wenn ihr jetzt noch den Mut habt, die paar Klamotten hier rauszutragen und det kranke Kind uff de Straße zu legen, denn fangt man an...“

Damit drehte er sich um und ging, ohne weiter noch jemand anzusehen, aus der Stube.

Einen Augenblick war es still.  
Der Dide sah mißtrauisch, mit einem schrägen Lächeln Blick zu keinen drei schweigenden Arbeitern herüber.

Der eine hob plötzlich sein Gesicht und sagte ganz laut:  
„Nee... id nich! Da müßten wir ja Su'nd'pe'n sein!“

Machen se sich denn det mal alleene, Herr...“  
Die beiden anderen nickten nur mit dem Kopf, haben noch einmal das merkwürdig still gewordene Kind an, und verschwanden.

Der Dide stand wieder allein im Zimmer mit dem Kind.



# Rund um den Erdball

## Mädchenhandel unter den Augen der Polizei

### Jugendfrische Bordellware für überseeische Prostitution — Amerikanischer Vizekonsul als Haupt einer Fälscher- und Mädchenhändlerbande entlarvt

In der Nacht zum Donnerstag kam es auf dem Berliner Lehrter Bahnhof, als mit dem Hamburger Zuge ein polnisches Mädchen starke „Lanzetttruppe“ ihre Reise nach Argentinien antreten wollte, zu großen Tumulten, zwischen Angehörigen der Mädchen, die deren Abreise verhindern wollten und dem Begleitpersonal der Truppe. Die Angehörigen vermuteten nämlich, daß die Mädchen in die Hände eines gewissen Mädchenhändlers gefallen seien, der seine „weiße Ware“ für die berühmtesten Bordelle von Argentinien „verfrachten“ wolle. Zwischen dem Bräutigam eines Mädchens und einem Mitglied des Begleitpersonals kam es sogar zum Handgemenge. Drei Mädchen blieben auf die Verhaftungen ihrer Angehörigen hin zurück. Bei den übrigen blieben alle Warnungen erfolglos.

Die bürgerliche Sensationspresse, die sich diese Alarmmeldung natürlich nicht entgehen lassen will, benutzte diesen Vorfall, um ihre Seiten mit pikantes Hintergrundberichten zu füllen. Jedoch den widerslichen Stand des Problems Mädchenhandel grundsätzlich darzulegen, also zu sagen, daß der Handel mit jugendlichen Mädchenleibern eine typisch kapitalistische Erschließung darstellt, der gerade in der jetzigen Zeit durch die entsetzliche Massennot des Proletariats einen unheimlichen Aufschwung genommen hat, wagt sie natürlich nicht. Statt dessen erfahren wir, daß die „Unternehmerin“, die am Donnerstagabend die zwölf Mädchen nach Argentinien verschifften wollte, Frau Schmeling heißt, in Berlin wohnt und die Beauftragte der Firma Carl ist, die in Buenos Aires und vielen anderen argentinischen Städten

Varietés, Caféhäuser und andere „Unterhaltungslokale“ zweifelhaften Rufes besitzt.

Schon im vorigen Jahre hat diese weiße Sklavenhändlerin Berliner Mädchen als „Lanzetttruppe“ engagiert, die aber in Buenos Aires ausschließlich die Gäste von berühmten Nachtclubs amüsierten mußten. Nebenbei waren sie den dauernden Selbstopfungen der Frau Schmeling ausgesetzt, wenn sie deren Befehle, „besonders lieb zu den Männern zu sein“ nicht in der gewünschten Form nachkamen.

Selbst die eigenen Töchter, die in Buenos Aires als „Kontrollanten“ tätig sind, wurden von dieser Frau, der die „Internationale Arbeiterliga“ unerschrocken gegenüber ein gutes Zeugnis ausgestellt hatte, nicht besser behandelt.

Als zwei der im vorigen Jahr engagierten Mädchen nach Vertragsbruch die Rückreise nach Deutschland antreten wollten, mußte Frau Schmeling erst zur Auszahlung des Reisegeldes gezwungen werden. Trotzdem bestritt sie nur die Fahrt bis Bourdeaux.

„Die Weiterreise nach Deutschland laßt euch mal von euren Kerls bezahlen!“

war das letzte Wort dieser Sklavenhändlerin.

Ein geradezu vernichtendes Urteil über die Berliner Polizei, speziell dem Dezernat für Mädchenhandel ist die Tatsache, daß dieser neueste Skandal erst durch das Vorgehen der Angehörigen der Mädchen aufgedeckt wurde. Hätten also die Angehörigen auf dem Lehrter Bahnhof nicht gegen die Abreise der Truppe protestiert, so wäre der Transport sozusagen unter den Augen der Bahnhofspolizei anstandslos abgegangen. Nunmehr, wo dieser Skandal in aller Menschen Munde ist, wärs natürlich die Berliner Polizei ihre Hände in Unschuld, und „bedauert“, nicht einschreiten zu können, da die Mädchen mit ordnungsgemäßen Pässen und Visa — was übrigens das hiesige argentinische Konsulat in Abrede stellt — und über 21 Jahre alt, also volljährig seien.“ Nunmehr ist auch die Hamburger Polizei aus ihrem Schlaf geweckt und hat von sich aus Recherchen aufgenommen, um eventuell zu verhindern, daß die Mädchen einzeln oder von anderen Häfen aus nach Argentinien verschleppt werden.

### Der amerikanische Vizekonsul in Warschau ebenfalls Mädchenhändler

Während in Berlin Frau Schmeling ihren weißen Sklaventransport für Argentinien zusammenstellte, betätigte sich in Warschau der amerikanische Vizekonsul Harry Hall als Hüter

einer Fälscherbande, die mittels der von ihr gefälschten Pässe ebenfalls den gewinnbringenden Handel mit Mädchenleibern für die amerikanische Prostitution betrieb.

Die erste Spur dieser Bande wurde von der polnischen Polizei bereits im Juli des vergangenen Jahres entdeckt, als ihr eine verdächtige Person namens Bastin in die Hände fiel. Bei diesem wurden nämlich einige gefälschte polnische Pässe und Briefe verdächtigen Inhalts gefunden, aus denen hervorging,

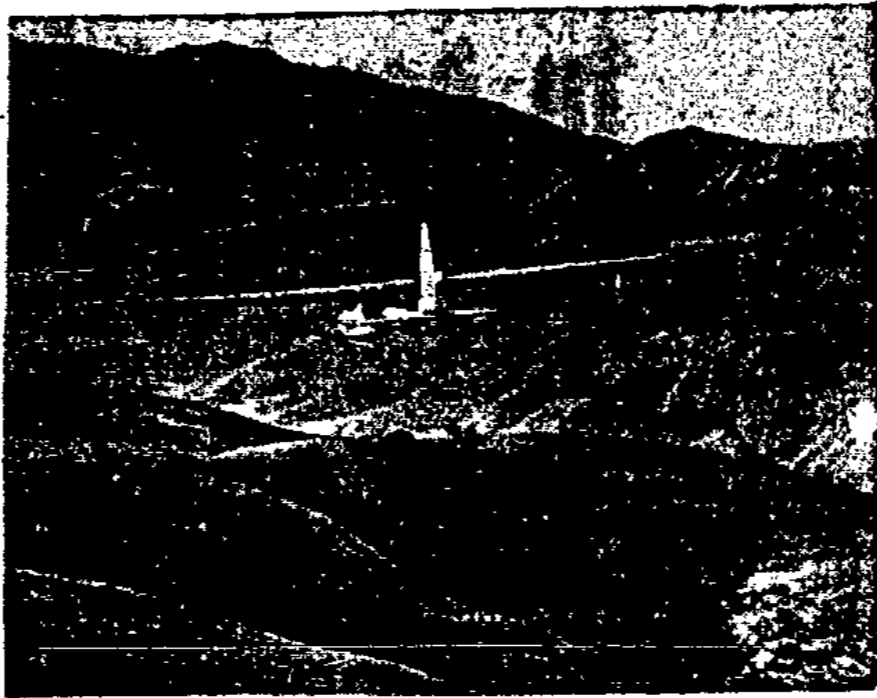
daß Bastin mit mehreren jungen Mädchen in der polnischen Provinz zwecks Ausreise nach Amerika in regem Briefwechsel stand.

Bastin war, trotzdem er in Polen gebürtig ist, amerikanischer

Staatsbürger. Darum fiel es dem amerikanischen Vizekonsul Hall leicht, Bastin seinerzeit gegen Kaution auf freien Fuß setzen zu lassen. Sofort nach seiner Freilassung flüchtete Bastin, und durch die besonderen Umstände der Flucht kam die Polizei dahinter, daß er Mitglied einer großen Bande sei. Kurz darauf wurden allein in Warschau 17 Personen festgenommen. Die Zentrale dieser Bande, auf deren Konto das Verschwinden zahlreicher Mädchen zu buchen ist, scheint Neuyork zu sein.

Wird die Polizei diesmal unter dem Druck der entsetzten Pressestimmen eingreifen? Und wenn auch! Nichts wird dadurch an dem System geändert, unter dem proletarische Mädchen tags aus, tagen ihren Lebensunterhalt durch verdeckte und offene Prostitution zu fristen gezwungen sind.

### Lindbergh in einem neuen motorlosen Flugzeug



Oberst Charles A. Lindbergh macht in der Umgegend von Lebec, Kalifornien, neue Versuche mit einem eigenartigen motorlosen Flugzeug (unser Bild). „Bowbus Aeroplan“, um darin einen neuen Rekord aufzustellen. Die Versuche sollen bis jetzt glänzend gelungen sein.

### Die Geburt der sozialistischen Großstadt

Die Pläne für den Bau der neuen sozialistischen Stadt beim Traktorenwerk von Charlow sind jetzt festgelegt worden. Die neue Sowjetrussische Stadt ist danach für 100 000 Menschen berechnet. Diese Siedlung wird in einzelne Wohnkomplexe zu 1000 bis 4000 Menschen eingeteilt werden. Das Projektierungsbüro wurde angewiesen, bis zum 5. März d. J. das Bauprojekt für das laufende Jahr vorzulegen.

### Bücher aus Stahl

Nach Meinung des amerikanischen Erfinders Ellison hat die Stahlfabrikation derartige Fortschritte gemacht, daß man in absehbarer Zeit die Veröffentlichungen von Büchern mit stählernen Seiten prohezeien könne. Dieser hauchdünne Stahl werde weniger kosten als Papier. Eine Ausgabe von 4000 Seiten werde nicht mehr als zwei Daumen dick sein und weniger als 500 Gramm wiegen.

### Raubmörder zum Tode verurteilt

Das Ravensburger Schwurgericht verurteilte den Dienstknecht Heinrich aus Obermattenbach wegen Raubmordes zum Tode. Der bereits vorbestrafte Angeklagte hat im Dezember vorigen Jahres den Landwirt Becherer, von dem er annahm, daß er etwa 90 Mark bei sich trage, in den Wald gelockt und dort mit einem gekohlenen Jagdgewehr erschossen.

### Nicht Bonzen- sondern Arbeiter-siedlung in der USSR.

Während in Deutschland wie in allen kapitalistischen Ländern die Mieten der Neubauwohnungen für die übergroße Mehrheit der Industriearbeiter — von den Erwerbslosen ganz zu schweigen — unerschwinglich sind, richtet sich in der Sowjetunion die Höhe der Miete nach dem Einkommen des Mieters. Durch dieses vorbildliche System der „gestaffelten Miete“ kann daher jeder russische Arbeiter eine moderne Neubauwohnung beziehen. Natürlich ist eine derartig wahrhaft soziale Mietregelung nur in einem Arbeiterstaat möglich.

Unser Bild zeigt die vor kurzem fertiggestellte, äußerst modern und luftig eingerichtete Siedlung der Arbeiter der staatlichen Tabakfabrik in Rostow am Don.

### Blutige „Siege“ der Nationalisierung im englischen Bergbau

Wieder 5 Kumpels tot — 25 schwerverletzt

Die geradezu verbrecherische Bergbaupolitik der englischen „Arbeiterregierung“, die mit einer geradezu barbarischen Nationalisierung und mit Einschluß von Leben und Gesundheit von Hunderttausenden englischer Kumpels die Kohlenförderung unter allen Umständen heben will, hat zur Folge, daß keine Woche vergeht, ohne daß nicht irgendwo ein Grubenunglück passiert, bei dem nicht tausendfach Bergarbeiter ihr Leben lassen müssen.

Machten die Blätter erst vor einigen Tagen von der Explosionstafel in der „Bath-Mine“-Grube in Dorsetshire berichtet, wobei sieben Kumpels den Tod fanden, so erhalten wir heute die weitere Unglücksmeldung einer Katastrophe vom Schacht II der Grube „Westside“ in Haydock in Lancashire, die sich am Mittwoch ereignete und durch die

fünf Bergarbeiter getötet und 25 schwer verletzt wurden. Die Explosion war in weitem Umkreise hörbar. Hunderte von verunglückten Angehörigen belagerten die ganze Nacht den Grubeneingang.

### Danziger Schupo überfällt Hochzeitsfeier

Der Danziger Schupo nachmittags Kegi war ohne jede Veranlassung in eine Hochzeitsgesellschaft eingedrungen, wo er die Gäste anbrüllte und drohend mit der Pistole herumfuchtelte. Nur der Besonnenheit der Hochzeitsgäste ist es zu danken, daß kein Unglück geschah. Am 17. Februar fand Kegi unter der Anleihe des Hausfriedensbruchs und der Bedrohung vor dem Danziger Schöffengericht. Nach längerer Verhandlung billigte ihm das Gericht die milde Strafe von nur 150 Danziger Gulden zu. Als mildernder Umstand wurde angesehen, daß er zur Zeit der Tat betrunken gewesen sei. Also befohlene Polizisten können sich den Spaß erlauben, in fremde Wohnungen einzudringen und friedliche Menschen mit der Pistole bedrohen. Was wäre wohl mit einem Arbeiter geschehen, der des gleichen Verbrechens angeklagt wäre?

### Geheimnisvoller Mord

Am Dienstagabend fand die Ortspolizei von Kölsdorf bei Dören die Witwe Krudewig in der Küche ihrer Schankwirtschaft ermordet auf. Die Leiche war mit Kleidungsstücken bedeckt. Da verschiedene Wertgegenstände fehlen, liegt unzweifelhaft Raubmord vor.

Die Witwe war in den Nachmittagsstunden sehr selten von Gästen besucht, weshalb die Ermordete das Haus oft abschloß. Als jedoch auch abends noch niemand öffnete, drang die Polizei gewaltsam in das Haus. Da unter genau denselben Umständen im Jahre 1927 im benachbarten Gärzernich ebenfalls eine alleinlebende Wirtschaftsinhaberin ermordet worden ist, hat sich der Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt.

### 17 Tote bei einem Schiffsuntergang

Aus Miami (Florida) kommt die verspätete Mitteilung von Reisenden, die von der Insel Nassau hier eingetroffen sind, daß sich am 17. Februar auf der Höhe der zu den Bahamas gehörenden Insel Abaco ein schweres Schiffsunglück ereignete. Dort schlug die Schaluppe „Victoria“ infolge hohen Seegangs voll Wasser und sank. Von der 20 Mann starken Besatzung gelang es nur drei Mann, sich an den Strand der Insel zu retten, so daß 17 Todesopfer zu beklagen sind.

### Wolkenbrüche in Süditalien — Vier Tote

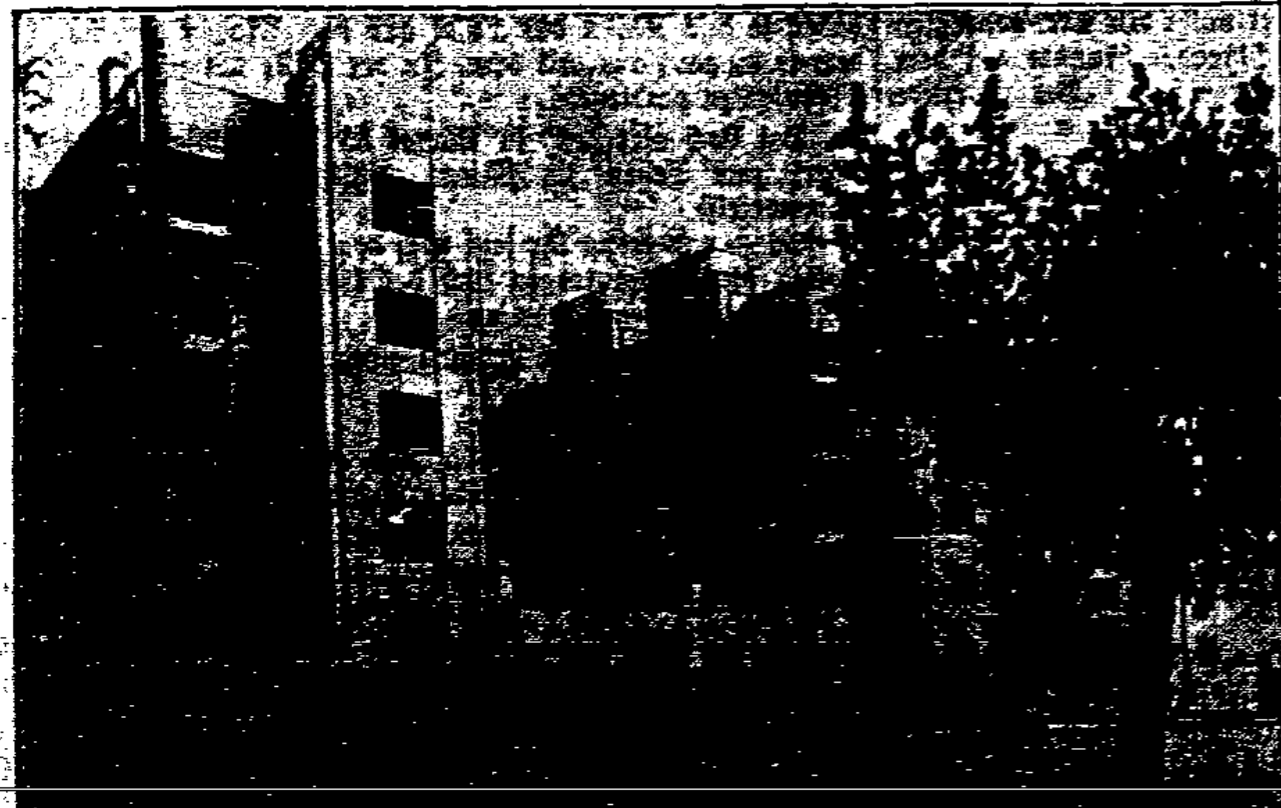
Infolge heftiger Wolkenbrüche ereignete sich in San Giovanni in Fiore ein Erdbeben, bei dem zwei Häuser völlig zerstörte. Bis jetzt sind vier Tote und vier Schwerverletzte zu verzeichnen.

### Sieben Indianerkinder bei einem Schulbrand umgekommen

Die „Großschule“ in The Pas im amerikanischen Staate Manitoba, eine abgelegene Landschule für Indianerkinder, wurde durch ein Großfeuer vollkommen zerstört. Eine Lehrerin und sieben junge Indianerkinder kamen in den Flammen um.

### Ein kanadischer Personenzug entgleist

In der Nähe von Holland-landing in Kanada entgleiste ein Personenzug der kanadischen Nationalbahn. Sieben Passagiere erlitten Verletzungen.





Zumulte im Stadtparlament

Tribünenbesucher hinausgeworfen — Um die Mieten in den Siedlungswohnungen und in den Obdachlosenbaracken — Kommunistische Anklagen

Die Sozialdemokraten für Unterstützung der nationalistischen Kampfspiele

Breslau, 28. Februar.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung verlief unter starker Anteilnahme der Zuhörer zum Teil recht stürmisch. Standen doch eine Reihe von Fragen zur Beratung, die für die wertvolle Breslauer Bevölkerung von äußerster Wichtigkeit waren.

Die Sitzung begann mit der Erledigung eines Magistratsantrages, den Zusatz einer noch ausstehenden 20-Millionen-Anleihe, die bereits im Jahre 1927 beschlossen war, von sieben auf acht Prozent zu erhöhen. Bei dieser Gelegenheit kam die katastrophale Lage der städtischen Finanzen weniger dadurch zum Ausdruck, was über sie gesagt, als vielmehr, was über sie verschwiegen wurde. Bols (Demokrat), der ewige Empfindlicher der Drohung sozialer Ausgaben, wollte „Auskunft“ haben über die Lage der Stadt. Der stämmigere Lehnte diese Auskunftserteilung ab und will nur einem hinter verschlossenen Türen tagenden Finanzausschuß (in dem die Kommunisten natürlich nicht vertreten wären) deren Mein einschichten. Man kann sich danach unschwer ein Bild davon machen, wie es um Breslau ausseht muß. Dieser deprimierende Eindruck wurde durch den Redner der Sozialdemokraten, Hugo Frey, noch verstärkt, der dem Magistrat beschimpfen wollte, indem er erklärte, eine öffentliche Darlegung der Breslauer Finanzlage hätte katastrophale Folgen. So weit ist es also schon gekommen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wurde zur Behandlung der Anträge geschritten, die die Mietenspolitik der Stadt betreffen. Nachdem in früheren Zeiten regelmäßig kommunistische Anträge von der Stadtverordnetenversammlung oder dem Magistrat abgelehnt wurden, die solchen Zuständen, wie sie jetzt eingetreten sind, vorbeugen sollten, haben nunmehr, nachdem es an allen Ecken und Enden brennt, so ziemlich alle Parteien plötzlich entdeckt, daß sie wieder einmal für die Betroffenen „eingutreten“ haben. Man frage nur nicht, wie!

Gegenwärtig ist die Situation so: In den Siedlungswohnungen stehen Hunderte von Bewohnern im Mieterstreik; Tausende weiterer Mieter haben angeklagt, das gleiche zu tun. Die Barackenbewohner befinden sich in hellem Aufruhr gegen den Magistrat. Die Bewegung, von Kommunisten eingeleitet und geführt, scheint bedrohlich zu werden. Ein Grund also, daß man versucht, die verärgerten Bürger der „Stadt des Sozialismus“ — wie es bekanntlich so schön in der Bezeichnung der Sozialdemokraten hieß — zu beruhigen. Man machte das gestern auf eine ganz merkwürdige Weise. Es war empfindlich zu sehen und zu hören, wie ausgerechnet diejenigen, die sich an dem Mieterleiden gefand stößen, die Beauftragten des Bauamts, das große Wort führten und es wagen durften, mit dem ertasteten Profit des Miet- und Bauwuchers in der Tasche, den der Bergweisung nahen Mietern kluge Ratsschläge zu erteilen.

Der Großbauunternehmer Galspaap leitete die Diskussion ein, indem er die Ablehnung der kommunistischen Anträge auf Mietensenkung forderte, da es sonst in Breslau „eine Katastrophe“ gäbe. Ihre Annahme würde das „Ende der Profitfähigkeit der Stadt“ bedeuten. Nach ihm sprach der Demokrat Bechtel, der leitender Angestellter einer der größten Breslauer Kaufhäuser, der „Guta“, ist. Diese Tatsache verschwieg er aber wohlweislich, als er mit der Miene eines Wiederwärtlers die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages — Hauszinssteuerhypotheken nur den sogenannten „Gemeinnützigen Siedlungsgeellschaften“ zur Verfügung zu stellen — verlangte. Es ist bezeichnend für die politische Verwirrung,

daß ein solcher Mann, der in der Stadtverordnetenversammlung nichts anderes als den bezahlten Interessenvertreter einer Privatfirma darstellt, sich als Wahrer öffentlicher Interessen aufspielen kann.

Genosse Zyka rechnete in ausgezeichneter Rede mit all diesen Schädlingen der Allgemeinheit ab. Bei den Beratungen habe es sich gezeigt, daß verantwortlich für das namenlose Elend, das jetzt herrscht, die kapitalistische Wirtschaft sei. In dem Zimpeler Häuserblock, der gegenwärtig freisteht, gehen 70 Prozent des Mieteneinkommens für die wucherischen Hypothekenzinsen drauf. Zu diesem Zinswucher komme der Baukostenwucher. Wohl ist der Wohnbedarf der Besitzenden gedeckt, aber nicht derjenigen der Minderbemittelten. Die hohen Mieten verhindern, daß außer den besitzenden Schichten irgend jemand anderes die neuerstellten Wohnungen beziehen könne.

Als nächstes müsse gefordert werden, daß die Hauszinssteueranteile an den Baukosten erhöht würden. Im Zimpeler Block sind z. B. nur 39 Prozent Hauszinssteuer, aber 51 Prozent hoch zu verzinsende Hypothek an dem Baukapital beteiligt. Wenn man auch fordern würde, daß an irgendeiner Stelle ein Teil der Hauszinssteuereinkommens weggenommen und an eine andere Stelle geleitet würde, so würde das an den Gesamtverhältnissen nichts ändern. Es müßte deshalb gefordert werden, daß das gesamte Hauszinssteuereinkommen einzig und allein dem Wohnungsbau zugeführt würde,

um eine Verbilligung der Mieten zu erreichen. Heute ist es so, daß Riesenbeträge aus der Hauszinssteuer dem Justiz- und Polizeietat zugeführt werden. Der Neubau an Wohnungen habe noch nicht einmal den jährlichen Neubedarf gedeckt. Trotzdem aber stehen in Zimpel gegen 100 Wohnungen seit Monaten leer. Auf der anderen Seite hausen in elenden Obdachlosenbaracken Hunderte von Menschen. Im Ausschuß sind die kommunistischen Anträge mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt worden. Es ist bezeichnend für die heuchlerische Demagogie dieser Partei, daß sie jetzt, nachdem die Mieterbewegung einen „bedrohlichen Umfang“ angenommen habe, sich an die Spitze der Bewegung stellen

möchte, um diese — das beweist der Antrag Ecksteins, der Verhandlungen mit den Mietern fordert — abzumägen. (Zuruf aus dem Zuschauerraum: Das machen die immer so!) Genosse Zyka schloß seine Rede mit der Aufforderung an alle Mieter, auch an die „Mi-Mieter“, den Kampf gemeinsam zu führen, sich Kampfleitungen zu wählen und vor den Drohungen des Magistrats nicht zurückzutweichen.

Dieser Schluß der Rede unseres Genossen wurde von stürmischen Beifallrufen der Tribünenbesucher begleitet, worauf „Sozialist“ Wandmann wie von der Tarantel gestochen aufsprang und mit kreischender Stimme die Räumung der Tribüne androhte.

Während der ganzen Debatte sah der Verantwortliche der Siedlungsgeellschaft innerhalb des Magistrats, Stadtrat Fuchs, auf seinem Platz um — lächelte über die zum Ausbruch kommende Empörung der Mieter. Diese sollen sich das merken!

In der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, d. h. also: die Mieten werden nicht gesenkt, die Hauszinssteuergelder werden nicht ausschließlich zu Wohnungszwecken verwendet, und die jährlich allein in Breslau über 10 Millionen Mark betragenden Sondergewinne der Hausbesitzer, die durch den eigenartigen Berechnungsmodus der Hausbesitzer, die durch den eigenartigen Berechnungsmodus für die Hauszinssteuerabführung entstehen, verbleiben in den Taschen dieser Besitzer.

Angenommen wurde dafür ein sozialdemokratischer Antrag, der nichts Konkretes fordert und der Willkür der Siedlungsgeellschaft auch fernerhin Tür und Tor öffnet. Nachdem Herr Wandmann zuerst darauf „vergesse“ hatte, über einige noch verbliebene kommunistische Anträge abzustimmen, wurden diese angenommen, und zwar fordert der eine, daß das Wohnungsamt sofort Wohnungslose in die leerstehenden Siedlungswohnungen einsetzt; der zweite angenommene Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Erhöhung der Mieten durch den Staat und beauftragt den Magistrat, sofort geeignete Schritte zu unternehmen, um die geplante Mietererhöhung zu verhindern.“

Von dramatischen Zwischenfällen begleitet war die Beratung des nächsten Tagesordnungspunktes, die Miet- und Wohnverhältnisse in den Obdachlosenbaracken betreffend. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, der nicht nur die Erhöhung der Mieten für die Elendshöhlen ablehnte, sondern darüber hinaus ihre Herabsetzung verlangte und weiterhin forderte, daß die aufschwerste gesundheitsgefährdenden Verhältnisse in den Baracken abgestellt werden. Vor Eröffnung der Aussprache über diesen Punkt hatte der Genosse Guhr

vor den Tisch des Vorsitzers einen Karton gestellt, der einige Kleidungsstücke enthielt, die infolge der in den Baracken herrschenden Feuchtigkeit vollkommen verschimmelt waren, und Brotkrumen, die das Ungeziefer angezessen hatte.

Diese Gegenstände erregten natürlich großes Aufsehen, bis der Vorsitzender Wandmann nachstürmend dem Rathausdiener die Anweisung gab, das Paket wegzuschaffen. Herr Wandmann ist eben Nesthet und der Moderergeruch des nackten Elends berührt diesen „Arbeitervertreter“ heinlich.

Den kommunistischen Antrag begründete Genosse Guhr. Er schilderte die traurigen Zustände in den Baracken. Raum eine andere

Tafelchen kennzeichnet das kapitalistische System besser als die, daß auf der einen Seite

eine Person in 10—12 Räumen und auf der anderen Seite in den Baracken 10—12 Personen in einem Raum wohnen müssen.

Zum Beweise für die unerhört verantwortungslose Art, in der die Bauten hergestellt wurden, legt er einen „Holzriegel“ vor, wie ihn die Bewohner massenhaft aus den auseinanderbrechenden Wänden herausnehmen. Trotz dieser katastrophalen Verhältnisse verlangt der Magistrat eine Erhöhung der Mieten bis zu 100 Prozent. Dieses Verlangen ist geradezu wahnhaft und beweist, mit welcher frecher Stirn der reaktionäre Magistrat die Entlohnung der städtischen Finanzen auf Kosten der Köpfe der Arbeiter durchzuführen will. Die Kommunisten legen diesen Plänen den schärfsten Kampf an.

Die Ausführungen des Genossen Guhr wurden anbauend von stürmischen Zustimmungslautgebungen der Tribünenbesucher begleitet. Wandmann verließ daraufhin seinen Platz und überließ den Beschäftigten des Reichswehrministeriums Friedrich, als aus dem Zuschauerraum solcher Juchensrufe stießen, wies Friedrich einen Zuhörer hinaus.

Dieser, ein Bewohner der Baracken, ging erst, nachdem er in einer leidenschaftlichen Rede aus dem Zuschauerraum das Verhalten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten und des Magistrats angeprangert hatte.

Die Abstimmung über die Anträge ergab die Ablehnung der kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Barackenmieten und auf Verbesserung der Räumlichkeiten. Angenommen wurde dagegen zusammen mit einem sozialdemokratischen Antrage die Fortsetzung, keine Mietererhöhungen vorzunehmen.

Vor der Debatte über die Mietenspolitik war, hatten sich die Sozialdemokraten noch ein bescheidenes Stückchen gefreut.

Für die Durchführung der sogenannten deutschen Kampfspiele im Juli d. J., die, das gibt sogar der Magistrat zu, zu einer nationalitätlichen Stimmung für „Deutsch Osten“ gemacht werden soll, wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten 35 000 Mark Kassegeld zur Verfügung gestellt.

Die Zustimmung zu dieser, bei der herrschenden Not einfach proletarischen Forderung, erklärte ausgerechnet das Mitglied des Kreisrates des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der „Lille“ Seewald. Genosse Welt hatte die unverschämte Magistratsforderung vorher in gödlicher Schärfe im Namen der kommunistischen Fraktion abgelehnt.

Am Anfang der Sitzung und zwischen den wichtigeren Punkten waren noch einige kleinere Vorlagen erledigt worden: So sollen für das Bezirksamt Tschansch neue Räume gemietet werden; außerdem soll endlich die Reinigung der Röhre der Grundwasserleitung erfolgen, die 23 000 Mark kostet. Angenommen wurde ferner von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten eine der schärfsten Proteste gegen die Regierung wegen der beabsichtigten Schließung des Gewerbelehrerinnenseminars. Erwähntwert ist zum Schluß noch die Erledigung der Anträge, die eine bessere Verbindung zwischen Böpelwitz und Dänitz und zwischen der Siedlung Böpelwitz und den Linke-Hofmann-Buschwerken verlangte. Der erstere Plan ist von dem Widersand des Regierungspräsidenten gescheitert, der die Einrichtung einer Fährstraße als schiffahrtshindernd ablehnte, der zweite Plan wurde von Vinke-Hofmann abgelehnt, die die Genehmigung zur Anlegung eines Stadtfahrweges für ihre Arbeiter nicht geben. Bezeichnend!

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung mit ihren Zusammenstößen und ihren heftigen Debatten war ein Ausdruck der sich ständig verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Die Empörung der betroffenen werktätigen Schichten ist ins Riesenhafte gestiegen. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß diese Empörung immer mehr zum organisierten Kampf gegen das herrschende verbroderliche System wird.

Riesenversammlung für die Sowjetunion

Die gestrige vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung nach dem Zentralballsaal einberufene Versammlung, in der Dr. Sternberg über das Thema „Der Kreuzzug des Papstes gegen das göttliche Russland“ sprach, war vollkommen überfüllt. Unter starkem Beifall rechnete Sternberg mit der Passionation ab. In der Diskussion wurden die Ausführungen der Genossen Roher und Meimann mit stürmischer Zustimmung aufgenommen. Als der während des Sternbergischen Referats überhaupt nicht anwesende Bezirkssekretär des Freidenkerverbandes, Karl Pietzsch, seinem offen-

wurde einstimmig angenommen; selbst Pietzsch wagte nicht dagegen zu stimmen. — Wir werden auf die Versammlung noch zurückkommen.

Genosse Firschner freigelassen!

Vorgestern ist Genosse Firschner aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Er war im November d. J. verhaftet worden, weil er an den Zusammenstößen beteiligt sein sollte, die sich in der Nacht vor dem Wahltag auf dem Neumarkt ereigneten. Seine Haftentlassung bedeutet den Niederbruch der besonders von der „Bolschewacht“ gegen unsere Genossen betriebenen Hetze.

Wieder zwei Selbstmorde

Selbstmord beging der Monteur Ernst Sch. in seiner Wohnung, Ottostraße, indem er sich Gift in den Arm spritzte. — Aus dem Fenster ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung auf der Seidenstraße sprang gestern nachmittag die Witwe Emma S. Der Tod trat infolge Schädelbruchs sofort ein. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

Ein Kind totgefahren

Beim Überfahren der Frankfurter Straße wurde die Schülerin Erika B., Polnitzer Straße wohnhaft, von einem Auto umgefahren und erheblich verletzt. Sie mußte ins Allerheiligenshospital überführt werden, wo sie an den Verletzungen verstarb.

Strassenunfälle. Ein Zusammenstoß zwischen einem Sanitätskraftwagen und einem Motorrad ereignete sich an der Herberstraße, wobei der Motorradfahrer verletzt wurde. — Ein Paul-Strunzener Motorradfahrer fuhr beim Überholen eines Kaffaherers am Dhlauer Stadtgraben direkt in den Kaffaherer hinein. Dadurch kam der Motorradfahrer zu Fall, konnte sich aber in seiner Tapferkeit nicht mehr erheben. Passanten hinderten ihn später an der Weiterfahrt und holten Polizei, die das Motorrad abstellte.

Der Tod ereilte gestern vormittag den Geschäftsführer Alfred K., Karuthstraße wohnhaft, in seiner Arbeitsstelle. Der Frau sollte Ober-Gehirnschlag sein.

Alle Mitwirkenden am heutigen „Roten Kabarett“ erscheinen spätestens 10.45 Uhr im Zentralballsaal (Barberstrasse).

Rezitationen, politische Chansons, satirische Szenen, Gesangs- und Musikvorträge, Filmvorführungen und vieles andere wird heute abend im

Roten Kabarett

der „Iff“ im Zentralballsaal, Westendstraße 50, geboten. Du mußt das unbedingt sehen und hören! Die bekanntesten Breslauer Künstler sind an diesem Programm beteiligt. Hast du schon Eintrittskarten? Sie kosten 60 Pfg. für Mitglieder proletar. Organisationen, für Erwerbslose (nur im Vorverkauf) 30 Pfg.



# Waldenburger Bergland Bergarbeiter rüstet zum 6. März!

Das heute zum Versand gelangte „Schlegel und Eisen“ veröffentlicht folgenden Aufruf des Internationalen Bergarbeiterkomitees:

Genossen Bergarbeiter! Der Bergbau der ganzen Welt macht eine akute Krise durch. In sämtlichen größeren Ländern, in denen der Kohlenbergbau betrieben wird, übersteigt die Ergiebigkeit der Gruben die tatsächliche Gewinnung um das Vielfache. Ueberall spielt sich eine gefährliche Konzentration ab. Eine wahnsinnige Rationalisierung wird durchgeführt. Ohne Erbarmen werden die Bergarbeiter den Interessen der Kapitalisten zum Opfer gebracht.

Hunderttausende von Bergarbeitern der größten Länder mit Kohlenbergbau, wie der Vereinigten Staaten von Nordamerika und England, werden auf die Straße geworfen. Massenentlassungen finden in Ländern statt, die bis jetzt eine Arbeitslosigkeit im Bergbau nicht kannten. Die Einführung der gekürzten Arbeitswoche und der nicht bezahlten Feiertage wurde zu einer täglichen Erscheinung.

Die Kapitalisten nützen die ununterbrochen anwachsende Arbeitslosigkeit aus und setzen das schon ohnehin niedrige Lebensniveau der arbeitenden Bergarbeiter noch mehr herab. Infolge der brutalen Rationalisierung verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen immer mehr.

Die sozialfaschistischen Führer der reformistischen Bergarbeiterverbände mit der verräterischen, kreischenden Internationalen an der Spitze, sind nach Kräften den Grubenbesitzern und den bürgerlichen Regierungen dabei behilflich, nicht nur die Arbeitslosigkeit zu vergrößern, die kapitalistische Rationalisierung zu unterstützen, sondern auch die Lage der Arbeitslosen zu verschlechtern. Die Sozialfaschisten machen sich die Verzweiflung der Erwerbslosen zunutze, spalten sie von den Arbeitenden ab und verwandeln sie in Streikbrecher.

Die massenhaften Kampfkaktionen der Bergarbeiter, die grandiosen Streiks, die Straßentämpfe wurden zu einer alltäglichen Erscheinung. Trotz des sich immer mehr steigenden Terror. In einer ganzen Reihe von Ländern haben die Bergarbeiter bereits eingesehen, daß nur auf dem Wege eines unmittelbaren Kampfes, nur auf dem Wege gemeinsamer Aktionen der Arbeitslosen und der Arbeitenden eine Verbesserung der Lage des Bergarbeiterproletariats zu erreichen ist.

Genossen, organisiert einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Erwerbslosenkomitees in den Bezirken. Organisiert Tageskämpfe um die Einführung des Sechsstunden-tages unter Tage und des Siebenstunden-tages über Tage, um ausreichende Bezahlung der bei den Kohlenarbeiten beschäftigten Erwerbslosen, um das Weiterkaufen des Lohnes der Arbeitslosen, gegen die Aussiedlung Arbeitsloser aus den Wohnungen, gegen den Ausschluß Arbeitsloser aus den reformistischen Verbänden.

Festigt eure revolutionären Verbände und Minderheiten, denn nur sie allein sind fähig, euch in einen wirklichen Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung zu führen.

Tretet alle wie ein Mann auf am 6. März, zieht die Frauen und Jugendlichen heran, um zusammen mit den anderen Teilen des Proletariats eure Kraft und Macht, euren unbeugbaren Willen zum Kampf um eine Verbesserung der Lage der gesamten Arbeiterklasse, um die Befreiung vom Joch des Kapitals zu demonstrieren.

Es lebe der Internationale Tag des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!

Es lebe die rote Gewerkschafts-Internationale, die Leiterin der Gewerkschaftsbewegung der Welt!

Internationales Propaganda- und Agitationskomitee der revolutionären Bergarbeiter.

## Oberes Revier

Schauplattenkonzert in Gottesberg  
Sonntag, den 2. März, führt H. A. Kust um 19 Uhr im Schützenhaus ein Schauplattenkonzert mit nur proletarischen Liedern vor. Unter anderem „Rede Lenins nach dem Siege“, „Marsch der Roten Matrosen“, „Der rote Feuerwehmann“, „Der russische Trauermarsch“, „Stenka Rasin“ und viele andere revolutionäre Sachen. Einberufen ist der Verband für Friedenertum und Feuerbestattung. Eintrittspreis Mitglied mit 20 Pf., Gäste pro Person 40 Pf.

## Freiburg

### Den Sozialdemokraten zur Antwort

Ein Erwerbsloser schreibt uns: „Die Heizer suchen Freiwörter.“ Unter dieser Überschrift bringt die „Tredwacht“ einen Artikel über die Erwerbslosenversammlung von der vergangenen Woche. Ich stelle fest, daß die Versammlung am Mittwoch, aber nicht am Donnerstag stattfand. Was mag dieser Berichterstatter für einen Kommunisten haben, wenn er schon die Tage verwechselt! Man zieht natürlich in diesem Artikel gegen die Kommunisten und den Erwerbslosenanschlag los, aber in der Versammlung, wo diese SPD-Leute anwesend waren, hatte man nicht den Mut, unseren Genossen gegenüberzutreten. Man schreibt von „Phrasen“ und „Reicherei der Kommunisten“. Ja, aber warum beruft die SPD keine Versammlung ein? Weil Sie in der Erwerbslosenfrage, wie überhaupt auf allen Gebieten, keine rechte Weite hat. Weiter beschwert man sich, daß in den Versammlungen gesagt wird, die SPD sei mitschuldig an dem Joch der Erwerbslosen. Stimmt das nicht, wenn sie immer den neuen Verschlechterungen der Erwerbslosenversicherung, den neuen Steuern, Zöllen, dem Kontrakt usw. zustimmt? Wir werden unheimlich und diesen Leuten zum Trotz der Arbeiterschaft sagen, wer Arbeiter bei der Polizei denunziert, wie in Freiburg, dem gehört sich anders, als daß er gebannt wird. Weiter sollten in der angeführten Versammlung zwei SPD-Leute in den Erwerbslosen-Anschlag gewählt werden, welche aber grundsätzlich ablehnten, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Dies zeigt den Arbeitern, daß sie kein Interesse an den Erwerbslosen haben. Auch wurde das Verhalten der SPD-Gemeinderäte von Polanski gebannt, weil er bei der Beratung des Antrages der Erwerbslosen auf Bezahlung der Sozialrente bei Versammlungen der Erwerbslosen. Da schreibt man dem Artikel, daß die Rente nur bezahlt wird, wenn in den Versammlungen nur wirtschaftliche und Erwerbslosenfragen behandelt werden. Wir wissen, daß nach ihrer Meinung nie in den Versammlungen über diese Fragen gesprochen wird, und die SPD nie die Lage lösen wird, den Erwerbslosen in dieser Beziehung zu helfen. Sie will es auch nicht. Wir werden uns von diesen Leuten nicht lassen, was wir in den Versammlungen sprechen wollen.

Wägen sie am Schluß des Artikels schreiben, die kommunistischen Drahtzieher sollen sich das merken. Merken werden sich das die Arbeiter, ihr verräterisches Verhalten.

## Striegau

Wie sie schwindeln!  
Die sozialdemokratische „Volkzeitung“ veröffentlicht einen Brief, der angeblich aus Rußland nach Striegau geschrieben wurde. Der angebliche Briefschreiber klagt über die Verhältnisse in Sowjetrußland und beneidet die Deutschen. — Dieser Brief schenkt uns eine

## Niederschlesien Auslandhege eines Reichsbanner-Lehrers

Wie wir von einem Jungarbeiter erfahren, geht man auch in der Görlicher Berufsschule zu einer Kommunisten- und Sowjethege über. So wird uns mitgeteilt, daß am Freitag ein Lehrer behauptete, daß es den Russen schlecht geht, daß es dort genau wie hier keine Arbeit gibt, der russische Arbeiter lebt in schlechten Verhältnissen usw. Die deutschen Arbeiter sollen nur ruhig sein, da wäre die Polizei nicht nötig. Der Lehrer sagte weiter, daß in Rußland eine ungeheure Christenverfolgung wäre. Man will dem „Volk sogar den Glauben nehmen“. Das wäre in Deutschland nicht möglich, weil es ein „kultivierter Staat“ ist. Ein Schüler fragte den Lehrer, ob

## Heute Freitag 20 Uhr — Konzerthaus Kundgebung gegen d. Republikerschutzgesetz

es stimme, daß in Deutschland die Minister solch hohe Gehälter bekommen. Der Lehrer, der Mitglied des Reichsbanners ist (!), bestätigte es, sagte aber, daß die Minister das haben müßten, weil sie „soviel Ausgaben hätten“, z. B. für die Festessen.

Jungarbeiter! Alles was der Staat gegen die Arbeiterschaft unternimmt, vor allem gegen die Jungarbeiter, findet bei den sozialfaschistischen Behörden Unterstützung. Macht endlich Schluß mit diesen Lehrmethoden, unterstützt den Kampf der revolutionären Arbeiterschaft. Ginein in den kommunistischen Jugendverband, weg mit den reaktionären Lehrern, tretet ein für die Bezahlung der Berufsschulzeit während der Arbeitszeit. Tretet ein für Urlaub. Weg mit den Narzer- und Prügelstrafen. Schafft Schulzellen gegen den Schulfaschismus!

## Die Kommunistische Jugend hat es ihr angetan

Wie uns Fräulein Dreiaid vom hiesigen Jugendamt mitteilt, ist die Ortsgruppe Görlich des kommunistischen Jugendverbandes ihr besonderes Interesse erweckt. Sie versucht mit den gemeinsten Methoden unsere Mitglieder zu denunzieren, um sie zum Austritt zu bewegen. Nicht genug, daß diese „Jugendzieherin“ unsere Mitglieder bei den Lehrern in der Schule denunziert, geht sie sogar so weit und droht unseren Genossen mit der Erziehungsanstalt, wenn sie nicht aus dem kommunistischen Jugendverband austreten. Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, so sehen die „Erziehungsmethoden“ der sogenannten Jugendpflege aus. Kämpft gemeinsam mit der kommunistischen Jugend gegen diese Jugendwächterinnen. Ginein in den kommunistischen Jugendverband. Weg mit diesem Jugendpflegeamt. Tretet ein für wirkliche Jugendpflege.

## Sagan

### Zweieinhalb Tage — Woche des Hungers

Die Firma Ros-Edw-Beer läßt in der Weberei nur noch zweieinhalb Tage arbeiten. Die Weberinnen erklären uns, daß sie wochenlang zu Hause sitzen und keine Kurzarbeiterunterstützung erhalten, weil die Firma dazu übergegangen ist, in einer Woche die Arbeit auf fünf Tage, die andere Woche auf vier Tage und dann wieder mal auf zweieinhalb Tage zu reduzieren. Die Gewerkschaften sehen lau zu, wie der Unternehmer brutal und mit Ausreden die Proletarier ausmergelt. Was gebeknen diese Sozialfaschisten zu unternehmen? Kollegen, nichts. Sie werden bevorstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege gehen und euch noch mehr der Unternehmerwillkür ausliefern, wenn ihr nicht bald erkennt, daß der Weg, den

## Goldberger Arbeiterschaft durchbricht Demonstrationsverbot

Am Mittwochabend fand im „Prinz Heinrich“ die übliche Faschistenversammlung statt. Die größte Anzahl der erschienenen Arbeiter war, fiel dem Nazi-Wanderredner Füllusich das Herz in die Hosentasche. Mit schlotternden Knien spielte er den „Arabialalen“. Den „Meinen Metallarbeiter“ Severing stellte er als Wacklappen hin (Sehr richtig. D. S.), Ministerposten würden nur noch von Idioten besetzt. (Er dachte offenbar an seinen Parteigenossen Fried-Thür.) Das Reichsbanner sei ein Deferteurlaub, dessen Führer sich aus Dauerreklamieren zusammensetze. Alle diese Anwürfe wurden von den zahlreich anwesenden Bananen mit stiller Ergebung entgegengenommen. Als der politische Zuhälter Füllusich erklärte, jeder Verbrecher sei Anwärter der kommenden Roten Armee, setzte ein Enttäuschungssturm ein. Zurufe wie „Schweinehund“, „Zuhälter“, „Kamel“ usw. mußte er sich gefallen lassen. Als dann einige Arbeiter ihm eine kleine Wrede verabreichen wollten, knüchtete dieser Maulheld schnell in den Schutz der Abgeordneten des „Meinen Metallarbeiters“ und ließ die „Störer“ rausbringen. Bereitwillig sprang die Schupo mit ihren Knüppeln herbei, um ihre Rolle als Hausrecht der Faschisten auszuführen. Sie hatte ihre Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle ohne die Arbeiter, gemacht.

Genosse Geyer sprach vom Saal aus zu den Arbeitern. Gleich knüchtete ihn die Polizei aus dem Saal. Als Protest setzte kurz darauf die Internationale ein.

Ein Genosse forderte auf, die Faschisten unter sich zu lassen. Begeistert folgten die Arbeiter und verließen den Saal. Als Zuhörer blieben nur einige Jungfrauen vom Lützenbund und abgedankte Offiziersfrauen zurück.

glatte Erfindung zu sein, und zwar deshalb, weil der Absenderort nicht angegeben ist. Solange die „Volkzeitung“ nicht den Ort und die genaue Adresse des Absenders mitteilt, behaupten wir, daß es sich um einen groben Schwindel handelt.

## Landeshut

Erfolge der aktiven Kleinarbeit  
Trotz der Versuche auf Verdrängung des kommunistischen Jugendverbandes von Seiten der ausgeschlossenen Renegaten Erenberg, Grafe und Hoffmann ist es dem Landeshuter Jugendgenossen durch aktive Kleinarbeit gelungen, in den letzten zwei Wochen gute Erfolge buchen zu können. Es wurden am letzten Helmsabend fünf neue Jungarbeiter in den Jugendverband aufgenommen, darunter ein Jungarbeiter, welcher bis zum letzten Tag noch der SA angehörte. Es finden jetzt jeden zweiten Dienstag öffentliche Versammlungen statt. Alle Jungarbeiter werden aufgefordert, daran teilzunehmen.

auch die Kommunisten, als Gewerkschaftsopposition zeigen, richtig ist. Verpaßt nicht, ihnen die Antwort zu erteilen. Das könnt ihr am besten bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl durch Wahl von roten Betriebsräten, die eure Interessen bis zur letzten Konsequenz vertreten.

Zur Beachtung! Jeder ausgegrenzte Erwerbslose, der beim Wohlfahrtsamt Unterstützung beantragt hat und eine solche zugebilligt erhält, hat diese vom Tage der Antragstellung an zu beanspruchen. Die Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion betreffs Befreiung von Kostenlosem Brennmaterial wurden mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Es liegt nun an euch, Einzelanträge an das Wohlfahrtsamt betreffs Brennmaterial zu stellen und den Kampf geschlossen aufzunehmen. Die Stadt hat Geld genügend für andere Zwecke herausgegeben. Warum hat sie nichts für Hungernde und Arme, die ihren Kindern eine warme Wade machen wollen? Man will Kriegerdenkmäler errichten, man hat zinlose Hypotheken von 35 000 Mark zum Bau der Volkshöhle gegeben usw. Für eine Volkshöhle oder ein Altersheim hat man kein Verständnis, aber als man euch die Biersteuer aufknast, müßt man, wo ihr seid. Das Elend häuft sich immer mehr, bis selbst der kleine Geschäftsmann der proletarischen Front eingereicht ist, kein Hab und Gut vom Gerichtsvollzieher weggenommen bekommt. Auch er muß aus seinem Schlaf erwecken und mit dem Wohlfahrtsamtsempfänger, mit dem Arbeiter in einer Front stehen.

## Neusalz

Kommenden Sonnabend, 20 Uhr, findet bei Hoffmann, „Deutsches Haus“, Berliner Straße, eine Veranstaltung der kommunistischen Partei und der mit ihr sympathisierenden Organisationen statt. Die Theatergruppe Neusalz führt ein Stück „Ein Opfer des Klassenkampfes“ sowie lebende Bilder auf. Der Abend ist auch sonst reichhaltig ausgestaltet. Wir fordern die Neusalzer Arbeiter auf, zahlreich zu erscheinen. Karten sind im Vorverkauf bei sämtlichen Funktionären zu haben. Eintritt 30 Pfennig.

## Bunzlau

### Nazi-Versammlung im Odeon

Die Mißstimmung innerhalb der Bauernschaft und der Kleinbürgerlichen Schichten machten sich die Nazis zunutze und bestellten ihren Gauführer Brüdner nach hier. Derselbe ist bekannt als Phrasier, Verdrehungskünstler und notorischer Schwindler. Er unterhielt die Versammlungsteilnehmer mit seiner bekannten Marxisten- und Judenhege sowie als Komiker. Sein Referat, soweit man es als solches überhaupt ansprechen kann, verlohnt nicht, darauf einzugehen.

Der Genosse Gabel trat ihm in der Diskussion entgegen. Charakteristisch war, daß die SPD- und Gewerkschaftslogen durch Abwesenheit glänzten. Angenehmer ist es für sie, im Volkshaus ihre von den Arbeitergroßen hohen Gehälter in Bodden-Organen zu verprassen.

Immer, wenn der Kapitalismus sich durch die wachsende revolutionäre Welle bedroht fühlt, benützt er seine Lakaien vom Schläge Brüdner, Buchwitz, Sebering, um die arbeitende Bevölkerung mit radikalen Phrasen von ihrem wahren Kampfziel — Vernichtung des gesamten kapitalistischen Systems — abzulenken. Die Praxis beweist, daß sich alle diese Leute als Knüppel- und Streikbrechergarde des Kapitals gegen die kämpfende Arbeiterschaft betätigen.

Arbeiter, sammelt euch in der SPD. Unter dem roten Banner des Klassenkampfes werden wir Nationalfaschisten und Sozialfaschisten gemeinsam mit den Landarbeitern und Kleinbauern zum Teufel jagen.

Spontan bildete sich ein Demonstrationenzug, der trotz Verbots durch die nächtlichen Straßen zog. Mit Rufen: „Nieder mit den Faschisten!“, „Hoch lebe die kommunistische Partei!“ usw. wurden die schon schlafenden Spießer aus den Betten geschreckt.

Die Polizei war machtlos. Dem Kommissar Burtchard gingen seine Netze durch. Anstatt die Versammlung zu schließen, suchte er wie wild mit seinem Gummirollen herum. Mit dem Rufe: „Auseinander, es kommt zu was!“ versuchte er die vor dem Sozial verammelte Menge zu provozieren. Schleunigst mußte er sich hinterherum verdrücken, sonst wäre es ihm schlecht ergangen. Wir sind neugierig, ob Burtchard genau so dienstfertig seiner vorgelegten Befehle von den „Beleidigungen“ des Füllusich „gegen die Republik“ wird Rechnung machen, wie er gegen die Arbeiter vorging?

Nach der Versammlung wurden die Faschisten unter starker Polizeibedeckung zum Bahnhof gebracht.

Es sei noch etwas über den SPD-Donnerstag Füllusich-Dienstag gesagt. In einer kürzlich abgehaltenen Mitgliederversammlung forderten die sozialdemokratischen Arbeiter Füllusich auf, in dieser Nazi-versammlung zu sprechen. Großmäulig sagte dieser zu, doch als es zur Tat kam, glänzte Herr Füllusich durch Abwesenheit. Es ist eben unmöglich, wenn man einer korruptierten Partei angehört, einem Schleimgegner entgegenzutreten. Es gibt immer noch Arbeiter, die glauben, zwischen Nationalfaschisten und Sozialfaschisten bestehe ein wesentlicher Unterschied. Sie kämpfen in verschiedenen Formationen, aber in einer Front. Sie marschieren auf verschiedenen Wegen, haben aber ein Ziel, ein Kommando — die Vernichtung des Kom-



# „Der stille Don“

Copyright: by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien 86)

**Kosakenroman**  
von Michael Scholochow

Leutnant hörte durch den Schalter des Schlummers die tiefe Stimme des Popen, und es schien ihm, als spräche nicht der Popen, sondern Kapitän Gromow ergrübe etwas mit seinem klagenden Blick. „Verstehen Sie, eine große Familie... die Gemeinde ist arm... Ich sahre also zu einem Regiment. Das russische Volk kann ohne Glauben nicht auskommen. Von Jahr zu Jahr seilt sich der Glaube immer mehr. Es gibt selbstverständlich auch Abtrünnige... meistens sind es Intellektuelle. Der Bauer aber hält fest am Gottesglauben... Ja... ja... so ist es!...“ Der Popsaustieg tief, und wieder kam ein Wortschwall, der aber nicht mehr in Leutnants Bewußtsein eintraf. Er schlief ein. Das letzte, was er empfand, war der Geruch selbsterfarbter Haare und ein Schrei vor dem Fenster.

„Bei der Gepätaufgabe ist es geschehen... Ich habe mit der Sache nichts zu tun.“ „Was ist bei der Aufgabe geschehen?“ sagte es durch sein Bewußtsein, und der Popsaustieg rief und unmerklich. Nach zwei schlaflosen Nächten umfing ihn ein erschöpfender Schlaf. Er erwachte, als er schon diese Worte von Petersburg entfernt war. Die Räder ratterten rhythmisch, der Waggon, durch die Stöße der Lokomotive nach vorn gezogen, schaukelte. Jrgendwo in den anschließenden Waggonen wurde halblaut gesungen. Die Laterne warf schief, blaue Schatten.

Das Regiment, zu dem der Leutnant Leutnant Leutnant versetzt worden war, hatte in den letzten Kämpfen gewaltige Verluste erlitten, es würde aus der Feuerlinie gezogen und in schnellstem Tempo wieder mit der Kavallerie- und Infanteriebrigade aufgestellt.

Der Stab des Regiments befand sich in einem größeren Dorf. Leutnant lag auf irgendeiner namenlosen Holzterasse aus. Dort wurde auch ein Feldlazarett ausgebaut. Leutnant erfuhr bei einem der Ärzte, daß dieses Lazarett von der Südwestfront hergezogen wurde und sofort zur Umsiedlung in die Petersburger Transportschiffe überführt werden sollte. Der großgewachsene, puterblaue Arzt sprach sehr ungnädig über seine unmittelbaren Vorgesehten. Er beschimpfte die Stabschefs, die Offiziere und gab seine ganze Seele vor dem zufälligen Zuschauer aus, dabei jupperte er während den struppigen Worten und bligte mit bösen Blicken über seinen goldenen Zylinder hinweg.

„Können Sie mich vielleicht nach Bereznjag bringen?“ unterbrach ihn Leutnant.

„Gehen Sie sich in den Zweispanner, Herr Leutnant. Kommen Sie mit uns“, sagte der Arzt, und drehte dabei familiär einen Knopf am Mantel des Leutnants. Teilnahme suchend sprach er dröhnend weiter:

„Denken Sie doch nur nach, Herr Leutnant: zweihundert Werk haben wir uns im Viehwagen schütteln lassen, damit wir hier ohne Arbeit herumlungern, während in jenem Zell, woher unser Lazarett kommt, zwei Tage hintereinander die blutigsten Kämpfe tobten. Eine Unmasse von Verwundeten ist ohne Hilfe geblieben.“

„Wie erklären Sie sich diese Missetat?“ fragte der Leutnant aus Höflichkeit.

„Wie?“ der Arzt hob ironisch die Brauen und brüllte auf: „Mit der Dummheit, der Albernheit der leitenden Behörden... dort oben sitzen Schulte, die alles in Verwirrung bringen. Keine Organisation, nicht die geringste Spur eines gesunden Menschenverstandes. Erinnern Sie sich an die „Memoiren eines Arztes“ von Werschajew? Das ist nun die Wiederholung... aber im Quadrat...“

Leutnant salutierte und begab sich zum Wagen. Hinter ihm ging der Arzt, die roten, blaue gedrehten Hängebänder wackelten bei jedem Schritt. Er krächzte weiter:

„Wir werden den Krieg verlieren, Leutnant! Wir haben auch den japanischen verloren und sind nicht klüger geworden.“ „Mit unseren Mühen werden wir sie zubecken, sie erledigen...“ so hieß es damals... er ging über die Gleise, Schritt über die Pfähle hinweg, auf denen ein bliger, regenbogenfarbener Schimmer lag, und schüttelte fletraurig den Kopf.

Es dämmerte, als das Lazarett in Bereznjag ankam. Ein Wind ging durch die Borsten des abgemähnten Getreides. Im Westen türmten sich dunkle Wolken, änderten an den Rändern ihre wunderlichen

# Überall rote Betriebsräte!

## Aufruf des Bezirkskomitees Schlesien des Gewerkschaftsopposition

Das Bezirkskomitee Schlesien der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat in seiner Sitzung am 28. Februar beschlossen, sich mit folgendem Aufruf an alle Betriebsarbeiter zu wenden:

Die reformistischen, christlichen und Fleisch-Dunderschen Betriebsräte sind in den Betrieben die ausführenden Organe der Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Sie sind im Betrieb die Vertreter der Arbeitergemeinschaftspolitik und der Wirtschaftsdemokratie. Sie sind nicht mehr in der Lage und auch nicht gewillt, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und den Kampf für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, gegen Nationalisierung und Entlassungen zu führen.

Die sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsführer und ihre Agenten im Betrieb, die die unorganisierten Arbeiter in allen Situationen als minderwertige, gelbe, kreibtreuerische Elemente beschimpfen, buhlen jetzt wieder um die Stimmen dieser unorganisierten Arbeiter bei der Betriebsrätewahl, während sie jedoch gleichzeitig ihre Betriebsräteandidaten in engen Konventikeln der gewerkschaftlichen Funktionäre und unter Ausschaltung jeder Mitwirkung aus der Belegschaft aufstellen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt den Betriebsrätewahlkampf gleichzeitig als einen Kampf um die Herstellung einer Einheitsfront im Betrieb auf der Grundlage des revolutionären Kampfes.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt den Betriebsrätewahlkampf gleichzeitig als einen Kampf um die Herstellung einer Einheitsfront im Betrieb auf der Grundlage des revolutionären Kampfes. Sie stellt ihre Kandidaten nicht im engen Kreise auf, sondern unterbreitet ihre Vorschläge der Kritik der Belegschaften. Die reformistischen und christlichen Arbeitervertreter führen jetzt einen wütenden Verleumdungskampagne gegen die revolutionäre Opposition. Sie rufen allen Arbeitern, die sich zur revolutionären Opposition bekennen, zu, sich durch diese Verleumdungskampagne nicht verwirren zu lassen, sondern klar und zielbewußt in allen Betrieben oppositionelle Betriebsräteandidaten aufzustellen, in allen Betrieben Wahlaustritte zur Organisierung und Durchführung des Betriebsrätewahlkampfes der revolutionären Opposition zu bilden.

Kollegen, gebt den sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten und ihren Agenten im Betrieb bei den Betriebsräte-wahlen die gebührende Antwort. Organisiert die Wahl roter Betriebsräte. Schafft die einheitsliche Front aller Arbeiter für den revolutionären Kampf.

Farben und ergossen einen bläulichen Widerschein auf den stumpfen, lachfarbenen Himmel. Diese formlose Wollenmasse, die eng zusammengebrängt schien wie Glaschollen während eines Eisganges, saugte sich am Horizont auf und wurde im Osten von einer glühend orangefarbener Abendstrahlen durchbohrt. Die Strahlenflut sprühte fächerartig auseinander, brach sich unten und mündete in einem Bachanal herrlicher Farben.

Neben dem Graben der Landstraße lag ein erschossenes Pferd. Das Hinterbein war in die Höhe gehoben, ein abgeworfenes Hufeisen glänzte darauf. Leutnant blinzelte, im Wagen hin und hergerüttelt, auf die Pferdeleiche. Der Sanitäter, der neben ihm saß, spuckte auf den aufgebunsenen Bauch des Pferdes und erklärte:

„Es hat sich mit Getreide überfressen... — übergeessen...“ verbesserte er sich rasch, den Leutnant ansehend. Er wollte noch einmal aufspucken, schluckte aber aus Höflichkeit den Speichel und wuschte sich mit dem Ärmel des Uniformrockes den Mund ab. „Es ist krepiert, aber man schafft es nicht fort. So ist es eben, das russische Volk! Bei den Deutschen ist es anders.“

„Woher meißt du das?“ fragte Leutnant mit grumbloser Mut. Von diesem Augenblick an war ihm das gleichgültige, etwas überhebliche Gesicht des Sanitäters etelhaft und verhaßt. Es war grau, dieses Gesicht, langweilig wie ein Septembertag nach der Mahd. Es unterschied sich in nichts von tausenden anderen Bauerngesichtern, die der Leutnant auf seiner Reise von Petersburg an die Front gesehen hatte. Alle diese Gesichter schienen verblüht zu sein, wie von der Sonne ausgefogen, etwas Stumpfes war in den grauen, blauen, grünlichen und anderen Augen erstarrt und erinnerte an alte, lang im Umlauf gewesene Kupfermünzen.

„Ich habe vor dem Krieg drei Jahre in Deutschland gelebt.“ Auch aus seiner Stimme hörte der Leutnant dieselbe Verachtung und Ueberheblichkeit heraus, die er in seinem Blick bemerkt hatte.

„Ich habe in Königsberg in einer Zigarrenfabrik gearbeitet“, sagte der Sanitäter gelangweilt und trieb dabei das Pferd mit dem Zügel an.

„Schweig nur“, sagte Leutnant streng, wandte sich weg und sah den Kopf des gefallenen Pferdes an, über dessen Augen der Schopf der Mähne gefallen war, und dessen entblökte, vom Wind verwitterte Zähne fleischend herausragten.

Das Bein, hoch nach oben gestreckt, war im Knie etwas gebogen. Der Fuß war von den Nägeln des Hufeisens etwas gefaßten, glänzte matt, und der Leutnant erkannte an den dünnen Fesseln, daß das Pferd raffig und jung gewesen war.

Knapp vor Bereznjag trafen sie einen Transport Verwundeter.

Ein älterer, raskerter Wehrknecht, dem der erste Wagen gebot, ging neben dem Pferd und hatte die Zügel um die Hand gewickelt. Auf dem Wagen lag ein Kosak, ohne Mütze, mit verblühtem Kopf. Er hatte die Augen müde geschlossen, laute an einem Stück Brot und spuckte es als schwarzen, zerlaufenen Drei wieder aus. Neben ihm lag nach auf dem Rücken ein Soldat. Die Hosen waren zerfressen, zerklüftet, und hingen in lächlichen, blutdurchtränkten Fetzen hinunter. Der Soldat fluchte, ohne den Kopf zu heben, wie wild, Leutnant erschrak, als er den Tonfall der Stimme hörte. Im zweiten Wagen lagen eng nebeneinander sechs Mann. Einer von ihnen erzählte, mit kampfhafter Freude seine entzündeten Augen fest zusammenknirschend:

„... es heißt, daß ein Bote von Ihrem Jaren zu uns gekommen ist und einen Friedensvorschlag gemacht hat. Ein zuverlässiger Mensch hat's mir erzählt, ich hoffe also... er hat nicht gelogen...“

„Ich glaub's nicht“, sagte der zweite zweifelnd, und schüttelte seinen runden, rachsüchtigen Kopf.

„Sei nur still, Philipp, vielleicht ist er wirklich gekommen“, rief ein dritter, der ihnen den Rücken zuwandte, im welchen Tonfall der Wolgagebiete.

Auf dem dritten Wagen glänzten die roten Streifen von Kosakenmützen. Drei Kosaken hatten es sich in dem breiten Wagen bequem gemacht und saßen schweigend auf Leutnant. Auf ihren staubigen, blühteren Gesichtern war auch nicht der geringste Schatten jener Ehrerbietung, die er von früher gewohnt war.

„Guten Tag, Landsleute“, begrüßte sie der Leutnant.

„Guten Tag“, antwortete müde ein schöner Kosak, mit hellem Schnurrbart und hellen Brauen, der neben dem Russen lag.

„Von welchem Regiment seid ihr?“ fragte Leutnant und versuchte, die Zügel auf dem blauen Wehrknecht zu entziffern.

„Vom zwölften.“

„Wo ist euer Regiment?“

„Das können wir nicht wissen.“

„Wo seid ihr verwundet worden?“

„Hier, nicht weit vom Dorf.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Ober-Schlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Ober-Schlesien Fritz Zembrowski, Glatz.

**Hindenburg OS.**  
Lichtspielhaus Melios Lichtspiele  
Kantstraße 4  
Heute u. folgende Tage!  
**Dich hab ich geliebt**  
Die erste deutsche Tonfilm-Operette!  
Der liebste deutsche Tonfilm mit:  
Sprache, Musik und Gesang!  
Erstkl. Besetzung:  
**Mady Christians**  
Hans E. Iva, Walter Jankuhn, Karl Platen, Herm. Picha, Trude Berliner  
Sonntag vorm. 11 Uhr  
Einlaß 10.00 Uhr  
Matinee  
Dich hab ich geliebt

Bahnhofstraße 4  
Freitag bis Montag  
Eine selten schöne Programm-Darbietung!  
**Das Recht auf Liebz**  
Ein Kapitel von den Problemen der Ehe in 7 Akten  
In den Hauptrollen  
Henry Stuart, Igo Sym, Georg Alexander  
Ferner  
**Ohne Geld durch die Welt**  
Eine lustige abenteuerliche Java-Reise in 5 Akten

**Ufa-Kammerlichtspiele**  
Oppeln  
Von Freitag bis Montag, den 3. März  
Das entzückendste Großformat der Ufa-Produktion 1928/1930  
**Wenn Du einmal Dein Herz verschenkst**  
mit Lilian Harvey, Harry Halm u. Igo Sym  
Von Dienstag bis Donnerstag, den 6. März 1930  
Der Original-Japan-Film  
**Im Schatten des Joshiwara**

**Fußbekleidung**  
kauft man am preiswertesten im  
**Schuhhaus Förster**  
Saweladnitz  
Langstraße 6

**AUS-Verkauf**  
unserer Textilwaren  
wegen vollständiger Auflösung dieser Abteilung:  
Da wir in kürzester Zeit geräumt haben müssen, sind die Preise rücksichtslos herabgesetzt, teilweise bis zu

**60%**

Ich empfehle  
**Sonderpreise in Fleisch, Wurst, Schinken und Räucherwaren**  
**Paul Stütz, Oppeln**  
Zweigstraße Nr. 17

**Sauers**  
Spezialgeschäft für:  
**Zigarren, Zigaretten, Tabake**  
Gleiwitz, Bahnhofstr. 40  
Spezialität: **Preßtabake**

**3 Läden**  
sorgen in bester Weise für Ihr leibliches Wohl:  
Ring 8b  
Wilhelmstraße 1  
Germaniaplatz 5  
**Karl Gmyrek, Gleiwitz**

**Prima Laubfedern**  
von 1 bis 3 Mk an zu verkaufen bei  
**Hanna Richterl**  
Hindenburg, Sanbholome Grenzstr. 2

**Café Jonda**  
Gleiwitz  
Angenehmer Familienaufenthalt  
Täglich Künstler-Konzert

**Kaufhaus SACHS**  
Gartenstr. 95  
Ecke Teichstraße

**In Ihrem Interesse**  
liegt es, sich bei Einlaufen nicht auf die Inszenen dieser Hg. zu verlassen



**Stadtheater Breslau**  
(Opernhaus)  
Spielplan vom 23. Februar bis 2. März  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie H 13  
**Cavalleria rusticana**  
hierauf: **Der Bajazzo**  
Sonnabend 10 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie A 14  
**Der Rosenkavalier**  
Sonntag 15.30 Uhr  
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen  
**Die Bahare**  
Sonntag 20 Uhr  
Stallend

**ZENTRAL-THEATER**  
Breslau VI, Westendstrasse 30  
Telephon 234 29  
Bis Donnerstag, den 6. März 1930  
Fröhlichkeit für jung und alt  
Jubel ohne Ende, darum auf zum  
**Witwenball**  
Der allerlustigste Film dieser  
Spielzeit mit  
**Siegfried Arno / Fritz Kampers**  
**Henry Bender**  
Dazu der große Ufa-Filmerfolg:  
**Ungarische Rhapsodie**  
8 Akte mit  
**Lil Dagover / Willy Fritsch**  
**Dita Parlo**

**EDEN-THEATER** Nikolai-  
str. 27  
Von Freitag, 28.2., bis Donnerstag, 6.3.  
**Harry Liedtke**  
Der Erzieher meiner Tochter  
Es halfen dabei:  
**Ernst Verebes — Karl Huszar**  
**Adele Sandrock**  
Feiner: Eine überwältigende  
komische Angelegenheit  
**Zirkus Babys**  
Lachen ohne Ende!  
Wochentags 5, 7, 9 Uhr / Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

**Bekanntmachung**  
Am 3. März 1930, vormittags 9 Uhr,  
eröffnen wir unter neues Gebäude  
**Berliner Platz 2**  
Von diesem Tage an finden Hand-  
anziehmen und Verlängerungen von Ver-  
träge nur noch im neuen Gebäude  
statt. Einlösungen von Pfändern sind  
bis auf weiteres jedoch nur in unserm  
alten Geschäftsräume Messergasse, Ecke  
Stadtgasse, möglich.  
Breslau, den 28. Februar 1930.  
Gemeinnütziges Pfandleihhaus  
der Stadt Breslau, G. m. b. H.  
E. m. e. s. Direktor.

**Otto Kiersch, Breslau**  
Rosenthaler Strasse 28  
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren



**Weisse Woche**

Nach langer gründlicher Vorbereitung beginnt am  
**Sonnabend, dem 1. März**  
der  
**Vorverkauf für unsere**  
**Weisse Woche**

In riesengroßer Auswahl bieten wir weiße  
Waren jeder Art, aus Leinen, Baumwolle, Wolle  
und Seide, an. Wir haben besonderen Wert  
darauf gelegt, moderne Waren herbeizu-  
schaffen, die für den Sommer geeignet, aber  
jetzt, vor der eigentlichen Saison, zu besonders  
niedrigen Preisen verkauft werden können.

**Nicht Aufmachung, sondern wirklich**  
**erprobte, gediegene Qualitäten**

kennzeichnen diese große Verkaufsveranstaltung,  
die insbesondere allen Hausfrauen eine ge-  
wünschte Gelegenheit bietet, die Bestände im  
Wäscheschrank zu vorteilhaften Preisen zu  
ergänzen.

Beachten Sie bitte unser großes Sonntagsinserat  
und unsere geschmackvoll  
dekorierten Schaufenster!

Zahlungs-Erleichterungen durch Kunden-Kredit G. m. b. H.  
Gartenstraße 67 (Capitol)

**Centawer**

Schmiedebrücke 7-10

**Zur Fastnacht!**  
Verwenden Sie zur Pfannkuchen-  
Bäckerei das gute erprobte  
**Schneeweißchen-  
Mehl**  
(nur in unseren Geschäften erhältlich)  
Beutel 2½ kg 1.60 5 kg 3.10  
Das beste Auszugmehl für ein  
wohlgeschmecktes, lockeres Gebäck.  
Als gute Pfannkuchenfällung empf. wir:  
Bierfrucht-Marmelade Stiebler  
ausgewogen Pfd. 0.40  
Dreifrucht-Marmelade Stiebler  
ausgewogen Pfd. 0.50  
Aprikosen-Marmelade Dettler  
ausgewogen Pfd. 0.60  
Pflaumen-Konfitüre  
2-Pfd.-Eimer 1.15 3 Eimer 3.25  
Aprikosen-Konfitüre  
2-Pfd.-Eimer 1.30 3 Eimer 3.75  
Selvetia-Erdbeer-Frühh-Marmelade  
1-Pfd.-Eimer 0.68 3 Eimer 1.95  
Zähringer Pflaumenmus  
1 Pfd. 0.55 2-Pfd.-Eimer 1.08  
**Gemüse-Konserven**  
Schnittbohnen . . . 1-kg-Dose 0.58  
Karotten, gekocht . . . 1-kg-Dose 0.38  
Gemüse-Erbsen . . . 1-kg-Dose 0.58  
Spinat . . . . . 1-kg-Dose 0.55  
**Otto Stiebler**  
Breslau, Zwingerplatz 5  
und 30 Filialen.

**Billiger Fleisch-Berlin!**

Schweinefleisch . . . Pfd. von 1.00 an
Schweinefleisch . . . Pfd. 1.00
Schweinefleisch . . . Pfd. 1.40
Rindfleisch v. Knoch. Pfd. von 1.00 an
Suppenfleisch . . . . . 0.80
Rahfleisch m. Knoch. . . . . 1.20
Rahfleisch v. Knoch. . . . . 1.40
Räucherfleisch . . . . . 1.40
Wurstfleisch . . . . . 1.80
Frischer Speck . . . . . Pfd. 1.10
Lungenfett . . . . . Pfd. 0.90
Schweineblase mit Wade . . . Pfd. 0.60
Gepökelte Eisbeine . . . . . 1.10
Rein. Schweine- u. Griebenfett Pfd. 0.90
Gulasch . . . . . Pfd. von 0.80 an
Gehacktes . . . . . Pfd. von 0.80 an
RäucherSpeck (deutsch) . . . . . Pfd. 1.20
Gelochter Schinken . . . . . ¼ Pfd. 0.50
Roter Schinken . . . . . ¼ . . . 0.55
Wachschinken . . . . . ¼ . . . 0.55
Brechkopf, Mortabella . . . . . ¼ . . . 0.30
Prima harte Dauerwurst Pfd. v. 1.80 an
Wettwurst . . . . . ¼ Pfd. 0.80—0.40
Braunschweiger . . . . . ¼ Pfd. 0.25—0.35
Leberwurst . . . . . ¼ Pfd. 0.15—0.40
Brechwurst . . . . . ¼ Pfd. 0.15—0.25
Polnische . . . . . Pfd. 0.90—1.20
Knoblauchwurst . . . . . Pfd. 0.70—1.00
Feinster Aufschnitt . . . . . ¼ Pfd. 0.45
ff. Italienische Salat . . . . . ¼ Pfd. 0.20
Beräuch. Bratwurst Paar von 20 Pf. an
sowie alle anderen Fleisch- u. Wurst- waren zu niedrigsten Preisen empfiehlt

**Adolf Weiß**  
Fleischer und Wurstfabrik, Breslau  
Wolffstraße 13 / Fernspr. 25 669

**NSU WANDERER**

Bringen für Jeden etwas:  
von der Billigsten bis zur Luxusmaschine mit Seitenwagen modernster Konstruktion und Ausstattung! Ketten- oder Kardanantrieb!



Wenden Sie sich an den nächsten Vertreter.

Verkaufsgemeinschaft NSU-Wanderer:  
**NSU Vereinigte Fahrzeugwerke AG., Neckarsulm (Württ.)**

**Weiß- u. Wollwaren**  
kaufen sie am billigsten  
bei  
**Emil Schmelz**  
Breslau 6, Friedr.-Wilh.-Str. 25

**Nähmaschinen**  
Anier / Adler / Dürkop / Stagler  
Knopfloch- und Bienen-Maschinen für  
Schneider und Schuhmacher  
**fahrräder, Sprech-Apparate**  
Reparatur-Werkstatt  
**Georg Greulich**  
Breslau, nur Hammerstr. 20 u. 52  
Kleine Anzahlung  
wöchentliche Abzahlung von 2.50 Mark

ff. Fleisch- und Wurstwaren  
empfiehlt  
**Georg Loebel**  
Breslau, Klosterstraße 85

**Hausfrauen!**

Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann nur das  
gute, reine Roggenbrot



der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Bres-  
lauer Kolonialwarenhändler und sparen Sie  
darauf die 8%,ige **Ka-Ha**-Rabattmarke,  
welche Ihnen bei Einkäufen in allen **Ka-  
Ha**-Geschäften verabfolgt wird. Für die  
Einlösung der Rabattmarken hattet jederzeit  
die Ein- und Verkaufsgenossenschaft Bres-  
lauer Kolonialwarenhändler.

**RABATT-GEMEINSCHAFT**  
Mitglied der **Gedeka**